

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

146 (26.6.1912)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Euchdruckerei G. & C. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Der Freisinn u. das Wahlrecht.

Durch die Presse ging dieser Tage die Nachricht, daß ein von der sozialdemokratischen Fraktion der Bremischen Bürgerschaft gestellter Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für dieses Parlament auch von den Fortschrittlichen unterstützt worden sei. Wie sich jetzt herausstellt, ist diese Nachricht nur zum Teil richtig gewesen. Nicht alle der Organisation der fortschrittlichen Volkspartei angehörenden Mitglieder des Hauses sind für das demokratische Wahlrecht eingetreten und ein sehr bekanntes Mitglied der Partei, der Chefredakteur der „Beier-Zeitung“, E. Fitger, hat sogar in der Sitzung selbst und später auch noch in seinem Blatte den Versuch gemacht, seine und seiner engeren Freunde ablehnende Haltung unter Berufung auf das freisinnige Programm sowohl wie auf die allgemeine politische Situation des Staates Bremen zu rechtfertigen.

Die Fortschrittlichen fordern programmatisch das allgemeine, gleiche und direkte Männerwahlrecht für den Reichstag und die bundesstaatlichen Parlamente, nicht aber für die Vertretungskörper der Kommunen. Dahinter pflegen sich die freisinnigen Reaktionsäre in den deutschen Stadtstaaten zu verschanzen. Sie sagen: die freien Städte haben zwar staatsrechtlich den Charakter von Bundesstaaten, aber der Umfang ihres Verwaltungsgebietes läßt sie mit den größeren Kommunen auf einer Stufe rangieren und so sind wir keineswegs durch unser Programm gezwungen, das gleiche Wahlrecht zu verlangen. Nur in Hamburg weht ein etwas radikalerer Wind, aber genau wie jetzt Herr Fitger in Bremen haben bei früheren Gelegenheiten die Freisinnsmänner in Lübeck gehandelt und wir glauben uns zu erinnern, daß sie sich dabei auf die Zustimmung der Parteileitung in Berlin berufen konnten. Jedenfalls wurden sie von den zuständigen Instanzen in keiner Weise zur Rechenhaftigkeit gezogen. Die Ansicht, daß die Freistädte, vom Wahlrechtsstandpunkt aus gesehen, nicht als Bundesstaaten gelten, wird also von der fortschrittlichen Volkspartei zum mindesten stillschweigend gutgeheißen und anerkannt.

Deffentliche Gründe für die zwiespältige Haltung gegenüber dem kommunalen und dem staatlichen Wahlrecht anzugeben, vermeidet man nach Möglichkeit, und muß sich einmal irgendwo Farbe bekant werden, so kommen im besten Fall Verlegenheitsphrasen heraus, die die Inkonsequenz nicht verständlicher machen. Im schlimmsten Falle aber offenbart sich der rückständige Geist, der im Freisinn lebt, und zeigt sich die Furcht des „entschiedenen“ liberalen Bürgerturns durch gar zu energische Betonung seiner berühmten Ideale in seinen wirtschaftlichen Interessen geschädigt zu werden.

Eugen Richter hat sich mit Händen und Füßen gegen das Reichstagswahlrecht für die Kommunen gestraubt und seine Argumente waren dieselben, die jetzt Herr Fitger vorbringt und in die einfache Formel zusammenfaßt: „Es wird der fortschrittlichen Volkspartei gar nicht einfallen, die Kommunen der Sozialdemokratie auszuliefern.“ Und wie Fitger in Bremen, so steht Cassel in Berlin, so steht der ganze Kommunalwahlfreisinn allenthalben. Nur daß er in einer günstigeren Position ist als seine Bremer und Lübecker Zweigstellen, weil er immer auf seine Machtlosigkeit hinzuweisen vermag: die Aenderung des Wahlrechts in den wirklichen Kommunen kann ja nur vom Staate ausgehen.

Sie werfen sich in die Brust und fordern das demokratische Wahlrecht im Reich, wo wir es schon haben; sie fühlen sich in tiefer Seele gekränkt, wenn man ihre Ehrlichkeit und vor allem ihre Entschlossenheit im preussischen Wahlrechtskampf anzweifelt, aber in den Kommunen ist das ganz etwas anderes. Die dürfen nicht an die Sozialdemokratie ausgeliefert werden. Herr Fitger legt das noch weiter auseinander. Gerade das starke Anwachsen der Sozialdemokratie mache die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts immer mehr unmöglich. In den fünfziger, sechziger und siebenziger Jahren hätte man viel eher darüber sprechen können als jetzt.

Sind das nicht köstliche Geständnisse? Man ist Demokrat, man steht auf dem Boden des gleichen Wahlrechts; aber nur dort und nur so lange, als es nicht der Sozialdemokratie zum Siege verhilft. Droht diese Gefahr, dann flüchtet man sich hinter den Wall eines Zensus- oder Klassenystems. Der Freisinn unterscheidet sich also von den Konservativen nur dadurch, daß er im Reich und in den Bundesstaaten den Moment zur Errichtung von Schutzwehren gegen die schlimmen Wirkungen eines freien Wahlrechts noch nicht für gekommen hält. Die beiden Parteien streiten sich also nicht um ein Prinzip, sondern nur um einen Zeitpunkt.

Man hat in der Bremer Bürgerschaft Herrn Fitger den Bismarckruf gemacht: Schwarzburg-Redwitz mit Recht.

In diesem Bundesstaat gibt es bekanntlich eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit und wenn die Fortschrittliche Bürgerliche Färbung nur ein wenig Konsequenz im Leben haben, werden sie verlangen müssen, daß der Wahlrechtsparagraf ihres Parteiprogramms auf dieses Land schon heute keine Anwendung mehr finden darf. Sie ziehen damit nur die logische Schlussfolgerung aus dem Verzicht, dem Einwohner der Kommune daselbe Recht zu geben, das sie angeblich dem des Reiches und des Staates gewährt sehen wollen.

Wir wissen, daß sich im fortschrittlichen Lager einiger Widerspruch würde bemerkbar machen, wenn der von Fitger gewählte Maßstab ganz allgemein an das Wahlrecht angelegt werden sollte. Aber so lange man sich nicht rückhaltslos zu dem demokratischen Kommunalwahlrecht bekennt und für die Befreiung aller Ungleichheiten seine Kraft einsetzt, darf man sich nicht wundern, wenn der Schwur, man wolle in den Staaten, vor allem in Preußen, „voll und ganz“ und „unentwegt“ die Fahne des Wahlrechts hochhalten nicht für so ganz ernst genommen wird. Der Eindruck wird immer der sein: die Freisinnigen treten nur dort für das gleiche Wahlrecht ein, wo sie entweder nichts zu verlieren haben, oder wo ihre Stimmen nichts bedeuten. In den anderen Fällen schützen sie das Gemeinwesen gegen die Ueberflutung durch die Sozialdemokratie, das heißt: sie sorgen dafür, daß der wirtschaftliche Vorteil der von ihnen vertretenen Schicht des Bürgertums nicht irgend welchen schönen, aber unprofitablen demokratischen Idealen geopfert wird.

Deutsche Politik.

Zwei Fortschrittsparteien in Elsaß-Lothringen. In der liberalen Landespartei hatten bisher die Liberalen Elsaß-Lothringens ihre politische Organisation, die nun durch die vor vierzehn Tagen in Straßburg gegründete Fortschrittspartei für Elsaß und die am Sonntag in Metz ins Leben gerufene Fortschrittspartei für Lothringen ersetzt wird. Die Auflösung der alten Organisation und die Trennung wurde nach den Meldungen liberaler Berichterstatter in vollkommener Uebereinstimmung und in Anerkennung des berechtigten Partikularismus beider Landesteile vollzogen. Das Programm bleibt für beide Parteien im wesentlichen das der bisherigen liberalen Landespartei, wobei die Elsässer durch Aufnahme der Demokraten eine gewisse Linksablenkung vorgenommen haben. Die Liberalen Lothringens hoffen von dieser Trennung, daß bedeutende einheimische Männer fortschrittlicher Richtung jetzt eher zur Mitarbeit geneigt sein werden, als in der von Straßburg aus dirigierten liberalen Landespartei.

Oberbürgermeister Wermuth. Staatssekretär a. D. Wermuth ist nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats durch Erlass vom 19. d. M. zum 1. Bürgermeister von Berlin bestätigt worden. Gleichzeitig wurde ihm der Titel Oberbürgermeister verliehen.

Der Jubel der „Kölner“. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften gibt der Berliner Richtung noch einen Jubelruf, indem es u. a. erklärt: „Nachdem die massenhafte Flucht aus den katholischen Fachabteilungen vor sich ging, holte man zu einem außerordentlichen Schlage gegen die christlichen Gewerkschaften aus, der sich indessen als ein Schlag ins Wasser erwies. Die Angelegenheit hat einen andern Ausgang genommen, als ihn die „Berliner“ Richtung vorausah. Der Sitz Berlin hat Grund zu gelegentlichem Gefolge, denn dieser neueste Streich hat seine Sache nicht nur nicht weiter gebracht, sondern sie ganz bedeutend verschlechtert. Das eigenmächtige, hinterlistige, unwahrscheinliche Vorgehen hat die alten Gegner der Bestrebungen der Fachabteilungsmänner wachamer gemacht und neue Gegner haufenweise geschaffen. Heute reboltiert jeder anständige Mensch gemeinsam gegen derartige Praktiken, wie sie sich das Berliner System immer wieder herausnimmt. Dieser letzte Streich, den die Berliner geführt haben, kann bewirken, daß er wirklich der letzte gewesen ist.“

Dieser Ergruß dürfte nicht ganz in den Rahmen des Programms der Bischöfe, die in Sildesheim versammelt waren und die auf der ganzen Linie „Ruhe!“ kommandierten, passen. Den preussischen Bischöfen sind die süddeutschen Bischöfe gefolgt. Nach der „Augsburger Postzeitung“ haben auch diese die Parole an die katholische Presse ausgegeben, öffentliche Kundgebungen über den Streit zu unterlassen, da auch sie die Sache „in ernste und wohlwollende Beratung genommen haben.“

Auf den Krüden des Zentrums. Bekanntlich hat das Zentrum bei den letzten Reichstagswahlen in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen (die Herikale Presse zählte gelegentlich 89 aus) etwa 300 000 Stimmen gleich im ersten Gange auf einen Kandidaten der rechtsstehenden Par-

teien abkommandiert, um „falsche Stichwahlen“ zu verhindern. Jetzt erbringt ein Mitarbeiter der „Köln. Volkszeitung“ umständlich den Nachweis, daß diese Taktik von Erfolg gekrönt gewesen sei und er führt einzeln die Kreise auf, in denen die Enthaltensamkeit des Zentrums der Linken zu einer Niederlage verholfen hat. Da sind erstens diejenigen, in denen die Herikale Hilfsbereitschaft dem rechtsstehenden Kandidaten gleich im ersten Gange zum Siege verholfen hat und zweitens die, in denen er nur mit Unterstützung des Zentrums in die Stichwahl gelangte.

Die Untersuchung ist dankenswert, weil sie uns einen Katalog der Abgeordneten verschafft, die von Zentrumsnaden dem Reichstag angehören. Im ersten Wahlgang siegten auf diese Weise 8 Konservative, nämlich die Herren Graf v. Carmer-Osten, v. Seydebrand, Dr. Dertel, Kother, Weilböck, Niederlöcher, F. Vogt, Kupp-Bretten; 2 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung: Mumm, Gebart; ein Nationalliberaler: Wittum.

Durch den Verzicht des Zentrums gelangten in die Stichwahl, ohne in dieser zu siegen: 7 Konservative, 2 Bündler und ein Christlich-Sozialer.

Durch den Verzicht des Zentrums gelangten in die Stichwahl und siegten in dieser 2 Konservative: Meyer-Kreuzburg, v. Volk; 2 Bildkonservative: Wasmuth, Graf Posadowsky; 3 Christlich- resp. Deutsch-Soziale: Dr. Burckhardt, Kupp-Marburg, Behrens; 1 Reichsparteiler: v. Liebert und 1 Nationalliberaler: Becker-Bingen.

Immer langsam voran. Die rechtsstehende Presse drückt mit sichtlichem Behagen eine „Korrekpondenz“ ab, die auseinandersetzt, daß die gefürchtete Besitzsteuer im Herbst noch nicht an den Reichstag gelangen könne:

Einmal hat der Reichstag als spätesten Zeitpunkt für die Einbringung den 30. April 1913 gewählt. Die Wahl eines in der kommenden Reichstagsstagung so spät liegenden Zeitpunktes für eine Vorlage von der politischen Bedeutung der allgemeinen Besitzsteuer hatte seine besonderen Gründe. Man wollte nämlich bei den Beratungen schon mit einiger Sicherheit das finanzielle Ergebnis des Etatsjahres 1912 übersehen können, um über den Bedarf, den die allgemeine Besitzsteuer zu decken hat, ein klares Bild zu haben. Der Reichstag selbst hat also den Wunsch gehabt, die Vorlage erst zu verabschieden, wenn das Etatsjahr 1912 abgeschlossen ist oder wenigstens seinem Ende zuneigt.

Andererseits werden der Aufstellung eines Gesekentwurfes sehr eingehende Beratungen mit den Finanzministern der Bundesstaaten vorausgehen. Diese können aber naturgemäß während der Sommerpause, in der auch die Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrat in ihrer Mehrzahl von Berlin abwesend sind, weder stattfinden noch erfolgreich vorbereitet werden. Vor dem Herbst wird also eine Verständigung der Bundesregierungen mit dem Reichsschatkamt über die Grundzüge der Vorlage nicht zu erzielen sein. Sobald diese erreicht ist, beginnt die Aufstellung des Gesekentwurfes, zu dem nach seiner Fertigstellung naturgemäß auch das preussische Staatsministerium noch Stellung zu nehmen hat. Daran schließt sich die Einbringung im Bundesrat und die eingehende Durchberatung in seinen Ausschüssen. Diese Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß die Vorlegung des Gesekentwurfes für eine allgemeine Besitzsteuer im Reichstag erst in den Wintermonaten erfolgen kann.

Hinter diesen Berechnungen verbirgt sich die stille Hoffnung, daß die Frist, innerhalb der die Einbringung der Steuervorlage erfolgen soll, über den 30. April 1913 hinaus verlängert werden muß. Kommt Zeit, kommt Rat.

Nette Zustände. Für Abwechslung ist gesorgt. Jetzt, wo der Streit im Zentrum durch päpstliches Machtgebot wenigstens äußerlich zum Schweigen gebracht ist, geht es bei den Nationalliberalen wieder los. Die Warnung einiger Führer vor der allliberalen Organisation trägt dazu bei, die Diskussion neu zu beleben und man darf gespannt darauf sein, wie die „Fuhrleute“ den Schlag parieren werden. Inzwischen gehen die Jungliberalen den Alten auch wieder ans Leder. Ihr Organ, die „Jungliberalen Blätter“, kritisierte die Werbe- und Arbeitsmethode des rechten Flügels:

Mit seinen Werbeschriften überschwemmt er das ganze Land, tritt an einzelne Firmen und Personen heran, deren Adressen er zweifellos nur von gut unterrichteter Seite haben kann und macht so, wir müssen leider annehmen, mit Unterstützung des Zentralbüros, Propaganda für seine Zwecke, d. h. er organisiert, wenn irgend möglich, die übrige Partei in seinen Reihen und fragt nicht nach dem Wohle der Gesamtpartei. Es fragt sich, inwiefern selbst wenn nur das Organisationshandbuch der Partei benutzt worden wäre, sich dieses Gebahren mit dem vertraulichen Charakter dieses Buches verträgt. Von vielen

Seiten gehen uns aber auch Klagen darüber zu, daß man ganze Orte mit dem Material des Nationalliberalen Reichsverbandes überschwemmt, also scheinbar Listen benutzt, die eben nur im Zentralbüro selbst vertraulich vorliegen können.

Wenn die Vermutungen der Jungliberalen zutreffen, dann müssen allerdings bei der Stelle, die die Geschäfte der Partei führt, nette Zustände herrschen: Der Zentralvorstand erklärt, das Zentralbüro sei nur für die Gesamtpartei da, hervorragende Führer warnen vor den Altliberalen, das Zentralbüro aber liefert den Altliberalen Material.

Ausland.

Frankreich.

Die reaktionäre Herrschaft in Paris. Mit 38-43 unter 35 abgegebenen Stimmen hat der neugewählte Pariser Gemeinderat ein völlig reaktionäres Bureau gewählt. Selbst die früher beliebte Ueberlassung einiger Posten an gemäßigtere Republikaner wurde diesmal für überflüssig gehalten.

Ein revolutionärer Bischof. Gegen den Bischof von Digne (Nieder-alpen) ist Anklage wegen Hinterziehung von Kirchenvermögen zum Schaden des Staates erhoben worden.

Badische Politik. Der „Bad. Landemann“

Ist anscheinend von irgend einem schrecklich verkohlt worden. In seiner Montagsnummer schreibt dieses „Organ“ mit Bezug auf den „Volkfreund“:

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreker. (Fortsetzung.) XXI.

So wurde Silvester denn bei seinem Eintritt mit einer Lebhaftigkeit empfangen, die ihn sofort zum Mittelpunkt des Abends machte. Alle freuten sich, ihn wiederzusehen, denn man mußte sich gestehen, ihn immer gern gehabt zu haben.

„Nun, bringen Sie uns keinen Eskimo mit?“ brachte Itlis seinen Scherz an. „Sie sollen sich ja bis in die höchsten Regionen verfliegen haben, nach dort, wo es nur noch Luftverbindung gibt.“

Silvester lachte darüber am lautesten, denn obgleich er die gesellschaftlichen Gebreden all dieser Menschen kannte, fühlte er sich wieder wohl unter ihnen.

„Nur, nur,“ stimmt ihm Silvester bei, obgleich ihm dieser Hinweis zu Kopfe stieg. Sofort kam er zu Strich mit seiner Offenheit hervor.

„Das sieht ihm ähnlich in seiner einsamen Größe,“ scherzte der Baron weiter. „Natürlich geschieht das nur aus Neid auf seinen alten Herrn, der allein danach gefragt wurde.“

„Nur, nur,“ stimmt ihm Silvester bei, obgleich ihm dieser Hinweis zu Kopfe stieg.

sache genügt als Illustration zu dem aufgeblasenen Verhalten des „Volkfreund“ den Provinzialblättern gegenüber.

Der „Badische Landemann“, den wir nur als Witzblatt halten, hat mit diesem Hinweis einen durchschlagenden Heiterkeitserfolg auf der Redaktion unseres Blattes erzielt.

Nun ist uns aber bekannt, daß der derzeitige Redakteur des „Bad. Landemann“, Herr Thyron, selbst aus Wiesbaden (Preußen) zugezogen, also selbst „preussische Importware“ ist und in der bekannten Zentrums-Akademie München-Gladbach (Preußen) seine Ausbildung genossen hat.

„Die sozialdemokratische Gefahr in Baden“

Unter diesem Titel ist soeben im Verlage der Genossenschaftsdruckerei Freiburg i. Br. eine bemerkenswerte Broschüre von A. Weismann, Redakteur der Freiburger „Volkswacht“, erschienen.

Was zunächst auffällt, das ist der ruhige, sachliche Stil dieser in der Hauptfrage ganz naturgemäß gegen die Politik der Zentrumspartei gerichteten Schrift.

Nun ist es ja nicht neu, aber außerordentlich mühselig, in der Broschüre Weismanns nachzulesen, wie in früheren Jahren das Zentrum sich immer die heißeste Mühe gegeben hat, der Sozialdemokratie Erfolge zuzuschauen.

Bei alledem werden die Verdienste der Zentrums-partei, die sie sich zu ihren guten Zeiten erworben hat, nicht übersehen. Daß sein Ringen um ein moderneres Wahlrecht bei uns in Baden zäh und energisch war, ist zweifellos.

lehten Jahrhunderts erinnern, ist bezeichnend genug. Etwas Schöpferisches und Kühnliches ist dieses Ziel und diese Methode sicher nicht.

Da ist nun in der Weismannschen Broschüre mit mathematischer Schärfe und Klarheit nachgewiesen, wie die politische Entwicklung der ökonomischen Schritt auf Schritt gefolgt ist.

Jedenfalls empfehlen wir allen Parteigenossen die Beschaffung der Weismannschen Broschüre.

Die Aenderung des Wassergesetzes.

Der Bericht der Kommission der Zweiten Kammer über den Gesetzentwurf betreffend die Aenderung des Wassergesetzes, erstattet von dem Abg. Dr. Zehnter, ist soeben im Druck erschienen.

Wie am Rhein so an der Murg.

Zu dem Kapitel „Verschleuderung der staatlichen Wasserkraft“ schreibt man uns: In welcher unverantwortlicher Weise Minister Schenkel und Herr Bonnell die Schätze des Landes, die in den Wasserkraften stecken, verschleudert haben, wird noch durch folgende Tatsache bewiesen.

Die Eisenbahnverwaltung braucht auf absehbare Zeiten keine Elektrizität. Mit diesem klassischen Spruch befähigte damals Minister Schenkel die Mitglieder der Zweiten Kammer.

Redaktionswechsel.

In die Redaktion der „Badischen Nachrichten“, die in Achern erscheinen, tritt anfangs des nächsten Monats Herr Franz Huber, zuletzt in Freiburg, ein.

was sich hinter den Kulissen abspielte, und so ging er über die Mitteilung leicht hinweg.

Die Herren saßen und standen herum, lachten und schwatzten meist unvernünftiges Zeug. Wie gewöhnlich spielten die Weiber eine Rolle dabei; umsonsten hätte man dann Ohren für andere Dinge.

„Ich trin...“

feinen... Beoba... abfanz... Strden... heit... trums... Mon... trums... Frenb... Freibu... unglib... bechöf... Gelege... famen... die Lu... Zmede... die St... dieun... Stand... trag fo... Bezug... kontrol... möglich... Soziali... Bei... wird d... la la e... den in... Bewill... Der... Finanz... riums... 8. 2... 8. 2... des Ver... großzig... ficht un... sozialde... tretung... das In... habe... ihrem C... Sozialbe... tereller... ausbeute... wüßten... stand au... politisch... Abg... Koalition... diese Be... gelten... 2... nis un... 3... 4... Anet... 5... und A... 6... Schut... beitsk... hygien... 7... trüb... 8... eine 9... jugend... Weisbur... 10... rell... phantaf... wöhmlic... Grimass... selbst in... Mangel... Sob... ihn dies... fehen... mir eig... bloß al... nahmen... diese Kle... leistrot... Und fol... ganze Z... Freund... bester, h... leicht be... ihr hof... hat, wo... Ich fühl... daß ich... Menid... besten Ge... geworde... Der... gefomme... Prinzen... silberner... im Neb... Herren... Frage, n... dal herr... genug h... „Wie... ich trin... ja sehr... aufgefan... orten ge... Menid... im über...

seinen freimütigen Ansichten nicht den Beifall des „Bad. Beobachters“, der ihn wiederholt in der bekannten Manier abkanzelte. Suber hat es auch gewagt, in der katholischen Kirchenzeitung für das katholische Deutschland, die „Wahrheit“, die bekannte Stichwahlparole der Karlsruher Zentrumspartei bei der Wahl im 10. Kreise zu kritisieren. Man warf ihm Ignoranz und Böswilligkeit in der Zentrumspresse vor, so daß sich Herr Suber — ein geborener Offenburger — in die „Vorwärts“-Wochenzeitung in Freiburg flüchtete. Jetzt übernimmt er die Leitung der unglücklichen „Badischen Nachrichten“.

Aus dem Landtag.
Die Budgetkommission

beschäftigte sich gestern mit dem Nachtragsetat, bei welcher Gelegenheit auch verschiedene Anträge zur Verhandlung kamen. Ein Antrag der Sozialdemokratie, der die Aufnahme von 100 000 Mk. in den Nachtragsetat für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge fordert, wurde gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Die Regierung nahm gegen diesen Antrag einen ablehnenden Standpunkt ein. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag fordert den Ausbau der Gewerbeinspektion durch den Beizug von Arbeitern für die Aufsicht, ferner die Baukontrolle so auszubauen, daß eine genügende Kontrolle möglich ist. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Beim Nachtrag zu dem Etat des Finanzministeriums wird die Denkschrift über die Gewinnung von Kalifalzen beraten. Die Mehrheit der Kommission stimmt in der Denkschrift enthaltenen Grundsätzen, sowie der Bewilligung einer weiteren Konzession zu Bohrungen zu. Der Nachtragsetat des Ministeriums des Innern, der Finanzen, der Verkehrsanstalten und des Staatsministeriums wird angenommen.

8. Verbandstag des deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

(Schluß.)

3. Müller referierte über „Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes“. Der Referent behandelte die Frage in einem großzügigen Referat sowohl in prinzipieller wie praktischer Hinsicht und betonte, daß der Verbandstag alle Ursache habe, der sozialdemokratischen Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung das vollste Vertrauen dafür auszusprechen, daß sie stets das Interesse der Transportarbeiter im Parlament vertreten habe. — Die vom Referenten vorgelegte Resolution führt in ihrem Gedankengang aus, wie Sozialpolitik, Arbeiterschutz und Sozialversicherung gemeinsam in ideeller, rechtlicher und materieller Hinsicht lindernd gegenüber den unterdrückten und ausbeutenden Tendenzen des Kapitalismus und seinen Auswüchsen wirken. Der Verbandstag fordert deshalb den Vorstand auf, energisch die Initiative zur Durchsetzung der sozialpolitischen Forderungen dieser Arbeiterschaft zu ergreifen.

Abgesehen von der Erweiterung und Anerkennung des Koalitionsrechts und der Organisationsfreiheit, erstreckten sich diese Forderungen auf:

1. eine durchgreifende und fortschrittliche Revision der geltenden Reichs- und Landesgesetzgebung;
2. die Einschränkung der sonderbehördlichen Machtbefugnis und Willkür;
3. die Anerkennung einer normalen Gerichtsbarkeit;
4. die Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit durch Anerkennung eines Normalarbeitstages;
5. ein Verbot bezw. die Einschränkung der Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeit;
6. eine Erhöhung der Betriebsicherheit, d. h. erhöhten Schutz für Leben und Gesundheit durch Vermehrung der Arbeitskraft, Einführung moderner technischer, sanitärer und hygienischer Hilfsmittel;
7. die Einführung und Anerkennung der staatlichen Betriebskontrolle durch angestellte Inspektoren und Assistenten aus Arbeiterkreisen;
8. das Verbot des heutigen Koff- und Logiswesens, bezw. eine moderne Umgestaltung des Koff- und Logiswesens;
9. den weitgehendsten Schutz für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter unter Berücksichtigung ihrer physischen Leistungsfähigkeit und natürlichen Veranlagung;
10. die Anerkennung hinreichender Spielpausen, generelle Durchführung des 8 Uhr-Ladens, Geschäfts- und Ar-

beitschlusses und Einführung des 6 Uhr-Rosthalter- und Bahnschlusses;

11. Rücksichtnahme auf die Betriebsicherheit bei Einstellung fremdsprachiger Arbeiter und umfassende Maßnahmen zur Verhütung bezw. Einschränkung der Berufsstrafen aller Art;

12. die staatslicherseits anzuerkennende Mitwirkung der Organisationsvertreter bei beruflich-statistischen Erhebungen und Enqueten, Ausarbeitung und Begutachtung von Gesetzentwürfen, Erlassen und Verordnungen.“

In einer Anlage zu der Resolution des Referenten sind dann die besonderen Spezialforderungen niedergelegt, die in Anlehnung an die 12 Punkte der Resolution für die Handels-Transport-, Verkehrs-, Hafenarbeiter, Binnenfahrer und Flößer und für die Seeleute entsprechend den besonderen Verhältnissen dieser Kategorien erhoben werden müssen.

In die Proklamierung dieses sozialpolitischen Programms des Verbandes schloß sich eine impulsiv geführte Diskussion, bestritten von täglich im Beruf tätigen Kollegen, die zum Teil ein geradezu entschlossenes Bild krasser Mißstände besonders aus der Binnenfahrts- und aus dem Fischer- und Seemannsleben zeichneten überlange Arbeitszeiten; Arbeitszeiten, die ins Grinste gehen, bei denen nicht einmal am Sonntag eine Ruhepause eingelegt wird; schlechte Logisverhältnisse, besonders am Bord, und schlechte Ernährungsverhältnisse. Es wird Aufgabe der Delegierten sein, in ihrer Heimat das Material zu sammeln, zu begründen und es dem Vorstand zur Sichtung zu übersenden, damit dieser es in zweckmäßiger Weise den gesetzlichen Instanzen zum Eingreifen unterbreiten kann.

Schumann gab bekannt, daß den Eisenbahnern Gelegenheit gegeben wird, auf einer besonderen Tagung ihre Spezialforderungen aufzustellen und diese dann in das allgemeine Programm aufgenommen werden.

Eine Anzahl Anträge wurden dem Vorstand als Material überwiesen und die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Der vierte Verhandlungstag brachte ein mehrstündiges Referat des Vorsitzenden Schumann über „Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter im Borenkampf zum neuen Strafrechtsentwurf“. Der Entwurf der Ausführungen ist in einer Resolution zusammengefaßt, in der der Verbandstag protestiert gegen die Bestrebungen, den Handels-, Transport- und Verkehrsarbeitern das Koalitionsrecht durch gesetzliche Bestimmungen oder auf dem Verordnungswege zu entziehen oder einzuschränken. Der Verbandstag fordert vielmehr gesetzliche Strafbestimmungen, die die Ausübung des Koalitionsrechtes gegen alle Hinderungs- und Unterbindungsversuche von Unternehmern und Behörden sicherstellen. Insbesondere protestiert der Verbandstag gegen das Bestreben, das Recht des Streikpostenlebens aufzugeben. — Es heißt dann weiter:

„Die Verbote, die von der preussischen Eisenbahnverwaltung in die Arbeitsordnung, genannt: „Gemeinsame Bestimmungen für Arbeiter aller Dienstweige der preussischen Staatsbahnverwaltung“ aufgenommen worden sind, stellen sich als der Ausfluß eines brutalen Unterdrückungssystems und als eine folgenschwerere Mißachtung der Reichsgesetzgebung seitens der Eisenbahnverwaltung dar, denn diese Verbote verstoßen gegen die Reichsverfassung und gegen das Vereinsgesetz.“

Der Verbandstag protestiert gegen diese Behinderung der in den staatlichen Transport- und Verkehrsanstalten tätigen Personen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, die jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt und dem Rechtsempfinden der Mehrheit des Volkes ein Schlag ins Angesicht ist.

„Der Verbandstag protestiert gegen die behördlichen Inquisition, daß der Besuch einer Versammlung oder die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverband unehrenhaft und mit der Stellung eines Staatsbediensteten unvereinbar ist. Der Deutsche Transportarbeiterverband sieht auf gesetzlicher Grundlage und weder seine ideellen noch materiellen Bestrebungen sind staats- oder ordnungsföndlich.“

„Die Delegierten des Verbandstages erklären, aus Anlaß solcher unerhörten behördlichen Gewalttate noch mehr als bisher auflärend unter den Arbeitern und Bediensteten der Staatsbahnen zu wirken und sie dem Deutschen Transportarbeiterverband als Mitglieder zuzuführen.“

Gemäß dem Antrage der Statutenberathungskommission wurde an der Höhe der bisherigen Beiträge und des Eintrittsgeldes nichts geändert, jegliche auf Änderung abzielende Anträge wurden abgelehnt, desgleichen ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage auf Einführung der Staffelbeiträge innerhalb der Zahlstellen zu machen.

Die wichtigsten Änderungen am Unterstützungswesen stehen in einer Beschränkung der Erwerbslosenunterstützung, derart, daß dieselbe nur einmal innerhalb 60 aufeinanderfolgenden Wochen in Höhe des für die betreffende Beitragsleistung vorgeesehenen Betrages bezahlt werden kann, anstatt bisher inner-

halb 52 Wochen. Als Äquivalent für diese Einschränkung wurden die Streifunterstützungssätze für vollberechtigte Mitglieder in jeder Klasse um 1 Mark pro Woche erhöht. Einige weitere Änderungen ganz wenig einschneidender Natur erziehen noch die Reise-, Sterbe-, Gemahregel- und Notfallsunterstützung.

Der Haubeitrag der Ortsvereinigungen wird pro Quartal und Mitglied von 5 auf 10 Pf. erhöht.

Alle beantragten Änderungen an den Bestimmungen über Verbandsauschuß und örtliche Verwaltungen wurden abgelehnt.

Bei den Bestimmungen über die Delegiertentwahl zu den Verbandstagen wurde beschlossen, daß anstatt wie bisher auf 800 in Zukunft auf 1000 Mitglieder ein Delegierter entfällt; für Mitgliedschaften über 5000 Mitglieder für je weitere 2000 Mitglieder ein weiterer Delegierter; die bisherige Höchstzahl von 25 Delegierten bleibt bestehen.

Einige Anträge auf Schaffung einer Inhaftierten- und Unzugsunterstützung wurden abgelehnt, weil es nicht angeht, ohne Beitragserhöhung noch besondere neue Unterstützungen einzuführen. Andere Anträge, die sich auf Angelegenheiten der allgemeinen deutschen Gewerkschaftskonferenz beziehen, wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Das gleiche geschah mit allen Anträgen, die sich auf Gewerkschaften, die Abhaltung von besonderen Branchentagungen und die Reglements über die einzelnen Unterstützungsweige bezogen.

Zwei Anträge, der Verschmelzung des Verbandes mit dem Fabrikarbeiter- bezw. dem Gemeindegewerksverbande näher zu treten, wurden, weil sie gegenwärtig noch nicht durchführbar sind, abgelehnt.

Als Veränderung am Ergänzungsstatut für die Gruppe der Binnenfahrer und Flößer wurde beschlossen: „Die Binnenfahrer und Flößer zahlen den Beitrag der Klasse 1 für 52 Wochen. Die Arbeitslosenunterstützung tritt für die Monate Januar und Februar außer Kraft.“ Die Mitglieder der Mitgliedschaft Binnenfahrer und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse sind hinsichtlich der Unterstützungen und Beiträge den übrigen Mitgliedern der Organisation (Beitragsklasse 1) gleichzustellen.“

Weiter erfuhr das Ergänzungsstatut der seemannischen Arbeiter einige Änderungen, doch sind diese von minder wichtiger materieller Bedeutung, sondern mehr redaktioneller Natur.

Alle getroffenen Änderungen am Statut treten am 1. Juli in Kraft.

Beim Punkt Wahlen wurde als Sitz des Verbandes wieder Berlin bestimmt und die bisherigen Hauptvorstandsbeamten, desgleichen der Redakteur Dreher und der Ausschußvorsitzende Lüdecke-Magdeburg einstimmig wiedergewählt.

An die Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Revisionskommission, Streitner-Berlin, der erklärte, nicht wieder zu kandidieren, wurde Med-Berlin gewählt. Der nächste Verbandstag findet über zwei Jahre in Köln statt.

Eine Nichtigstellung zum Bericht über die Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes sendet uns der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten. Er schreibt:

In dem Bericht über die Verhandlungen am 10. Juni auf dem 8. Verbandstag des Transportarbeiterverbandes wird über Grenzstreitigkeiten gesagt:

„Zur Schlichtung von Streitigkeiten (mit dem Gemeindegewerksverband) wurde die Generalkommission ernannt, die zugunsten unserer Organisation (des Transportarbeiterverbandes) entschied, desgleichen in der Unstimmigkeit, die mit dem Verband der Bureauangestellten entstand.“

Wenn auf der Tagung des Transportarbeiterverbandes in der Weise über die Unstimmigkeiten zwischen ihm und unserem Verband berichtet worden ist, so war eine solche Berichterstattung in jeder Beziehung unzutreffend. Vor der Generalkommission ist über die Differenzen überhaupt noch nicht verhandelt worden, es hat also auch keine Entscheidung zugunsten des Transportarbeiterverbandes ergehen können.

Kommunalpolitik.

Knielingen, 23. Juni. Die Bürgerauschussschulwahlen sind vorüber. Haben sie uns auch nicht das gebracht, was wir erhofft, so sind wir doch der ausschlaggebende Faktor im Bürgerauschuß geworden, da wir mit jeder der beiden bürgerlichen Parteien die Mehrheit bilden können. Aber 14 Mandate sind für eine Partei, die 337 Reichstagswählerstimmen aufweist, doch ein durchaus ungenügendes Ergebnis. Die Liberalen (205 Reichstagsstimmen) haben diesesmal 21—215 Gemeindegewählerstimmen erhalten; die konservativ-bündlerischen Bauern (179 Reichstagsstimmen) erhielten ca. 200 Gemeindegewählerstimmen und wir mit 337 Reichstagswählerstimmen erhielten ebenfalls 200 Stimmen. Wo liegt nun der Grund zu diesem großen Stimmenrückgang? Ganz abgesehen von demjenigen

phantasieblühenden Galgenstrahlung lachte der Prinz gewöhnlich vor sich hin, bis ihn sein Hüfteln zwang, eine böse Grimasse zu schneiden. Dann fröstelte ihn regelmäßig, selbst im warmen Zimmer, denn ewig litt er unter dem Mangel an Blut.

Sobald Silvester für den Prinzen zu haben war, nahm ihn dieser bei Seite: „Es freut mich, Sie wieder so wohl zu sehen“, begann er mit seiner dünnen Stimme. „Sie haben mir eigentlich sehr gefehlt. Sehr. Ich bitte Sie, das nicht bloß als Redensart zu betrachten. Sie sind ein Ausnahmefall, und ich bin einer — das heißt, wenn Sie diese kleine Eitelkeit gelten lassen wollen. Und solche Abstreitortler finden sich eigentlich immer wieder zusammen.“ Und sofort winkte er die Ereignisse ab. Lassen wir die ganze Familienbestimmung beiseite, das hat mit unserer Freundschaft nichts zu tun. Ich wenigstens, lieber Silvester, hege keinen Groll gegen Sie. Sie werden mich vielleicht besser verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß mir Lissa ihr Hofing über Sie ein Duzendmal in die Ohren geblasen hat, moegen ich mich natürlich immer taub gestellt habe. Ich fühle mich selbst viel zu sehr mit Sünden belastet, als daß ich zu dem bekannten Stein greifen könnte. Die Art Menschen, die sich am meisten austobt, hat mir immer am besten gefallen. Bei mir ist das allerdings schon sagenhaft geworden. . . Profit, mein lieber Silvester.“

Der erste Klubbier war mit einem silbernen Tablett gekommen, auf dem ein einziges gefülltes Glas für den Prinzen stand. Ein zweiter Diener füllte aus der großen silbernen Klub-Bottle aufs neue frische Gläser und bot sie im Nebenzimmer an, wo auch Strich stand. Verschiedene Herren waren noch eingetroffen, von denen einer gerade fragte, wer denn eigentlich gefordert sei. Ein arger Skandal herrschte da drinn, der dafür sprach, daß einige bereits genug hatten.

„Wie die Würfel auch fallen mögen,“ fuhr Olinka fort, „ich trinke auf das Wohl Ihres Fräulein Braut. Sie soll ja sehr schön und klug sein, soweit ich einige Broden davon aufgefangen habe.“ Trotzdem er auch noch andere Redensarten gehört hatte, blieb er doch immer der vornehme Mensch, der gerne etwas Liebenswürdigen sagte und sich im übrigen nicht vorstellen konnte, daß ein Mann von sei-

ner Denkfungsart, wie Silvester, sich und seinen Namen begutwerfen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Enthüllung des Hans Thoma-Gedenksteins. In Anwesenheit von über 2000 Personen fand letzten Sonntag in Bernau, der Heimatgemeinde Hans Thomass, die Enthüllung des Hans Thoma-Gedenksteins in Verbindung mit der Einweihung der von Prof. Thoma der hiesigen Pfarrkirche gestifteten Altarbilder statt. Dr. Veringer aus Wannheim hielt die Festrede. Nachmittags war ein Festzug. An Prof. Hans Thoma, der hier anwesend war, gelangte eine große Anzahl von Glückwunschkarteogrammen. Abends wurden die Berge bengalisch beleuchtet.

Das Speyerer Drecksfest. Man schreibt uns: In Speyer wird seit 1910 alljährlich ein Volksfest gefeiert, das in seiner Art einzig ist; es gilt der Verherrlichung des berühmten Lotalgebädes, der Speyerer Drekel. In allen nur erdenklichen Variationen wird dieser Götterpeise gebildet und, in Prosa und in Versen, ihr Ruhm verkündet. Die geplanten Festveranstaltungen sind ebenso reichhaltig, wie originell. Eine herborragende Anziehungskraft wird unter anderem das Luftschiff Schütte-Lanz ausüben, das zu Ehren des Drecksfestes am Sonntag vormittag über Speyer erheben und verschiedene Streuz- und Quersflüge vornehmen wird. Im Mittelpunkt der Feier steht ein großer Festzug, in dem ausschließlich der Humor das Szepter führt. Dem Festzuge reihen sich an, Volkselemente großen Stils, Tanz, Glühwein, Fontänenbeschüssen, Fodelreigen, Feuerwerk und anderer Klim-Bim. Auch ein Schaufensterwettbewerb ist mit dem Feste verbunden. Ueber weitere Einzelheiten, Programm, Geschichte und Bedeutung des Festes unterrichtet eine offizielle Festzeitung, welche ähnlich wie in den früheren Jahren auch in diesem Jahre wieder erschienen ist. Die Festzeitung enthält auch die preisgekrönten Drekellieder, welche nach bekannten Volksmelodien zu singen sind. Das Fest findet am Sonntag, den 30. Juni, statt. Der gesamte Leserkreis dieses Blattes ist hierzu freundlich eingeladen.

Eine kuriose Szene spielte sich unlängst während einer Wahlversammlung bei Hobart (früher Hobarttown) in Tasmanien ab. Der Abgeordnete des Wahlkreises hatte drei Stunden lang zu seinen Wählern gesprochen; als er um Mitter-

nacht mit seiner Rede fertig war, erhob sich einer der Wähler und beantragte ein Mißtrauensvotum gegen den Abgeordneten. Der Antrag wurde beifällig und mit wahrer Begeisterung begrüßt. Der Abgeordnete ließ sich aber nicht so leicht aus der Fassung bringen und rief in die aufgeregte Versammlung hinein: „Einen Augenblick noch, ich bin mit meiner Rede noch nicht fertig!“ Da man auch in Tasmanien auf Anstand hält und die äußeren Formen unter allen Umständen zu wahren sucht, ließ man den Mann weiter reden. Und er begann mit der größten Ruhe von neuem zu sprechen und sprach unermüdlich weiter die ganze Nacht hindurch, in der Hoffnung, daß die Wähler müde werden und nach Hause gehen würden, so daß ihm das Mißtrauensvotum erspart bleiben würde. Aber es verliefen nur etwa 50 Wähler, lauter alte Herren, die Nachtruhe brauchten, den Saal; die andern legten sich auf den Boden und begannen sich ruhig für einen Schlaf im Versammlungslokal vorzubereiten. Um 5 Uhr 30 Min. morgens fügte sich der arme Abgeordnete, dem vor Müdigkeit die Augen zuwiefen und der kaum noch die Lippen öffnen konnte, ins Unvermeidliche und erklärte, daß er jetzt mit seiner „Ansprache“ zu Ende wäre. Die Wähler, die nur mit einem Auge geschlafen hatten, erwachten wie auf Kommando und nahmen, ohne eine Minute zu zögern, einstimmig das Mißtrauensvotum an. Woraus man ersehen kann, daß bei den Antipoden die Wähler sich nicht so leicht an der Nase herumführen lassen wie anderswo. . .

Literatur.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Baden und die Eisenbahngemeinschaft von Landtagsabgeordneten Hermann S u m m e l. (Preis 60 Pf.) Diese, in den nächsten Tagen im Verlage der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe, erscheinende Studie steht in enger Verbindung mit den Bestrebungen, die einen weitergehenden Zusammenhang zwischen den deutschen Staatsbahnen herstellen wollen. Deshalb zieht die erste Untersuchung unmittelbar nach sich die zweite, nämlich, was vom Boden der ersten Untersuchung aus als wünschenswert und was in Betrachtung der übrigen Faktoren als erreichbar angesehen werden darf, wenn man eine weitergehende Vereinheitlichung fördern will. Dem Verfasser, als Eisenbahnreferenten der 2. Kammer, stand authentisches Material zur Verfügung, und es wird diese kleine Arbeit deshalb von jedem politisch Interessierten und jeden, der sich mit Eisenbahnfragen beschäftigt, gewiß gerne begrüßt werden.

Reichstagswählern, die aus bekannten Gründen keine Gemeindevähler sind und ausnahmslos unserer Wählerchaft zuzuzählen sind, hätten für unsere Partei ca. 30-50 Stimmen mehr abgegeben werden müssen. Über einem Teil unserer Arbeiterchaft ist eben alles gleichgültig. Kommt ihnen dann ein Wahlzettel zu Gesicht, so passen ihnen natürlich die Kandidaten nicht. Ist es doch vorgekommen, daß auf unseren Stimmgeldern bis zu 7 Namen geschrieben waren, trotzdem jedem bekannt ist, daß jede Streichung den Zettel ungültig macht. Anstatt in die Versammlung zu gehen, in der die Kandidaten aufgestellt werden, glaubt man sich auf diese Art an einzelnen Kandidaten zum Schaden der Partei rächen zu können. Gätten wir in der 3. Klasse nur 6 Stimmen mehr gehabt, so hätten wir 2 weitere Sitze erhalten. Wenn aber in leitender Stellung befindliche Parteigenossen aus Verstimmung über irgendwelche Vorgänge der Wahlurne fernbleiben, oder die Leiter einer freien Gewerkschaft ebenfalls nicht abstimmen, so ist dieses Verhalten eben einfach nicht zu entschuldigen und man wird mit diesen Leuten ein gehöriges Wortlein reden müssen.

Sodann machte sich bei der Aufstellung zu den verschiedenen Gemeindevahlen eine Korruption der Gefinnung bemerkbar, die eben bloß bei einer zum Teil so indifferenten Arbeiterchaft, wie sie gerade hier noch vorhanden ist, vorkommen kann. Die liberale, sowie die konservativ-bürokratische Partei hielten sich zur Aufstellung in der 3. und 2. Klasse Arbeiter, Maurer, Zimmerleute, Auslader usw., und diese ließen sich auch willig vor den Bann der bürgerlichen Parteien spannen, ohne zu ahnen, daß sie damit das größte Unrecht gegen sich selbst, als auch gegen ihre Klassenossen begingen. Soweit kommt es und muß es kommen, wenn man, statt die Arbeiterpreise zu senken, unparteiliche Papiere, wie „Presse“ und „Tagblatt“, liest, da muß natürlich das Klassenbewußtsein aufhören. Wir meinen doch, daß ein Arbeiter, der auf einem gegnerischen Zettel steht, die Schamröte ins Gesicht steigen muß, wenn er darüber nachdenkt, was er damit begehrt. Kommt ein solcher dann einmal in die Lage, daß er sich gegen seinen Arbeitgeber wehren muß, z. B. bei Lohnfreistellungen, dann ist man gerne bereit, die Institutionen der Partei und Gewerkschaften zu benutzen, gegen die man vorher gewählt hat. Daß unter diesen „Auch“-Arbeitern Leute sind, die früher in der hiesigen Parteiorganisation das große Wort geführt haben, sei nur nebenbei bemerkt.

Arbeiter! Parteigenossen! Es stehen uns nun noch die Gemeinderatswahlen bevor; hierbei kann ein Teil dessen, was bei den Bürgerauswahlwahlen gesündigt wurde, wieder gut gemacht werden. Die Kandidaten zur Gemeinderatswahl werden ebenfalls in einer öffentlichen Versammlung aufgestellt, wobei jeder Wähler seiner Meinung Ausdruck geben kann. Sorgt dafür, daß diese Versammlung, wenn sie bekannt gemacht wird, einen guten Besuch aufweist. Sorgt vor allem durch unermüdlige Agitation dafür, daß das Resultat der Gemeinderatswahlen ein anderes als dasjenige der Bürgerauswahlwahlen wird! Hinweg mit allem kleinlichen Haß, den wir nur auf unsere Ziele gerichtet und wir werden aus diesem Wahlkampf mit Ehren hervorgehen!

Kleinheubach, 24. Juni. Bürgerauswahlung vom Mittwoch, den 19. Juni. Zur Beratung stand als erster Punkt die Gehaltserhöhung des Ratsschreibers um 26 Mark als Protokollführer des Viehversicherungsvereins, welche einstimmig angenommen wurde. Punkt 2 betraf die Verlängerung des Wasserleitungsnetzes von 180 Meter außerhalb des Ortes. Es lag ein Gemeinderatsantrag vor, den Strang auf Gemeindefosten zu erstellen, 20 Meter vom Kostenaufwand sofort auf die Gemeindefosten zu übernehmen, den weiteren Kostenaufwand müssen die Antragsteller oder spätere Anschließter so lange versorgen bis der Wasserzins die Höhe des Kapitalzinses erreicht hat, dann wird auch der weitere Kostenaufwand von der Gemeinde übernommen. Der Gemeinderatsantrag wurde von Genosse Künzler und Krauß als der einzig richtige und entgegenkommendste befürwortet. Unsere Gegner waren in dieser Frage nicht einig. Etliche wollten gar nichts bewilligen, andere verlangten den Zins vom ganzen Kostenaufwand, was für die Anbauer eine außerordentliche Härte bedeutet hätte. Den Vogel hat wohl bei den Verhandlungen der konservative Maurerpalier Karl Sengle abgeschossen. Er verlor sich bei seinen unsachlichen Ausführungen in einen scheinbar auswendig geleerten Wortschwall von Nebenächlichkeiten, um der Gemeindevverwaltung etwas am Zeug zu flicken, hatte aber kein Glück damit. Er ließ sich von Genosse Künzler und Krauß ob seines Verhaltens eine gründliche Abfuhr gefallen. Betreffs des Antrages führte er aus: Sein Prinzip ist unentgeltliche Erstellung des Stranges, er füge sich aber dem Beschluß der konservativen Fraktion und stimme für vollständige Verzinsung des ganzen Kostenaufwandes — und was geschah, bei der Abstimmung stimmte Sengle für den sozialdemokratischen Antrag. „O sancta simplicitas!“ Unser Antrag wurde mit 23 gegen 16 konservativen Stimmen angenommen.

Wiltshüt, 24. Juni. In Nr. 133 der liberalen „Necker Zeitung“ hat sich ein „ordnungsliebender“ Bürger aus dem gegnerischen Lager gefunden, welcher den Bericht in unserem „Volkstribune“ vom 30. vor. Wts. kritisiert, und zwar in anerkannter Weise. Er erkennt den Inhalt voll und ganz der Wahrheit entsprechend an, glaubt jedoch bedauern zu müssen, daß diese skandalöse Angelegenheit von sozialistischer Seite, der man sonst gewohnheitsmäßig Einseitigkeit vorwirft, in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Dieses Bekenntnis macht uns sogen. „Umstürzler“ wirklich Freude. Die Spartafliegenangelegenheit ist für uns aber noch nicht erledigt. Wo solche Klänkeleien und traurige Günstlingswirtschaft in einer Wahlordnung mitgewirkt haben, wobei die Statut- und Geschäftsordnungsvorschriften in schonloser Weise beiseite geschoben wurden, da ist es unsere Pflicht als Bürger, Protest zu erheben gegen solche Ungehörigkeiten. Wo läme eine jede Klasse, die gemeinnützigen Zwecken gegründet wurde, die unter Garantie der Gemeinde steht, d. h. sämtliche Bürger sind haftbar für eventuell vorkommende Verluste, mit ihrer Verwaltungskunst hin, wenn die Neuebesetzung des Kontrollleurpostens der Rechnung öffentlich erklärt, sein Amt nur weiterzuführen, wenn eine ihm genehme Person dazu ernannt wird? Das ist doch ausgesprochene Willkürherrschaft und Diktatur. Solch ein Rechnung kann ja, was alles möglich ist, durch Unfall oder Tod von seinem Posten abtreten müssen, in vielleicht kurzer Zeit schon; dann sagt der neuernannte Kontrollleur, der jedenfalls aus dem nämlichen Holz geschnitten ist, bei der nun notwendig werdenden Besetzung des Rechnungspostens: Wenn nicht eine mir genehme Person den Posten erbittet, lege ich mein Amt nieder und so ginge das in lieblicher Abwechslung weiter. Wie die Tatsachen nun vorliegen — bis heute sind sie von keiner Seite trotz aller Deffentlichkeit widersprochen worden — ist es unbegreiflich, wie eine vorgelegte Behörde dazu kommt, eine solche Wahlhandlung zu bestätigen. Das ist doch weiter nichts als die Sanktionierung der traurigsten Willkürherrschaft. Wir „Umstürzler“ sind der Meinung, daß in unserem konstitutionellen Staatswesen alles ordnungsgemäß beibehalten wird, insbesondere in kommunalen, gemeinnützigen Einrichtungen, die unter Aufsicht der Staatsbehörde stehen. Kann in solch unverantwortlicher Weise durch Klänkeleien gewirtschaftet werden und die vorgelegte Behörde steht da stillschweigend zu, dann halten wir das Aufsichtsrecht der Staatsbehörde genau für so überflüssig, als wir einen Kontrollleur für überflüssig halten, der von der Gnade des Rechners abhängig ist.

Gewerkschaftliches.

Eine christliche Verleumdung aufgedeckt. Im bayerischen Wald, also einer völlig katholischen Gegend, hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Sitz Leipzig) viele Anhänger. Der schwarze Keramarbeiterverband ist dort nur spärlich vertreten. Gegen den „roten“ Verband wird nun in der bekannten christlichen Weise gewütet. Am 20. April brachte ein Zentrumsorgan, das „Chamer Tageblatt“ eine schauerliche Terrorermittlung, die von einigen frei organisierten Steinarbeitern aus Lauberg gegenüber einem Unorganisierten verübt sein sollte. Das Blatt schrieb, der Unorganisierte sei nachts von drei Genossen überfallen und gehörig durchgeprügelt worden. Zum Schluß hätten ihn die Roten mit dem Messer bearbeitet wollen, aber der gute Christ konnte sich zum Glück noch in den Wald flüchten.

Gegen drei unserer Genossen wurde Anklage erhoben. Das Amtsgericht Cham, vor dem die Sache dieser Tage verhandelt wurde, sprach sämtliche Angeklagte frei.

Das „Chamer Tageblatt“, das jene Verleumdung in die Welt gesetzt hatte, muß nun Abbitte leisten. Es bringt eine Richtigstellung, in der es u. a. wörtlich heißt:

„Weiter wurde (seinerzeit) berichtet, daß der betreffende Arbeiter an einem Samstag überfallen und wahrscheinlich auf Verabredung zu Boden geworfen wurde, und daß sich dabei zwei Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaft rühmlichst hervorgetan hätten usw. — Der Verlauf der heute im 1. Amtsgericht Cham stattgefundenen Verhandlung war aber dergestalt, daß unser Bericht über den Vorgang der Kauferei (wobei es ein nächstlicher Ueberfall!) D. B.) nicht aufrechterhalten werden kann.“

Am Gegenteil zeigte sich, daß eigentlich — der Kläger auf die Anklagebank gehört hätte; es wurden dann auch zwei Angeklagte freigesprochen, während der Dritte, wohl schuldig eines Vergehens der Körperverletzung, aber auch strafrei erklärt wurde. Von einer Ausübung eines Terrorismus war aus dem Verlauf der Verhandlung nichts zu entnehmen, was hiermit konstatiert sei.“

Es hat sich somit herausgestellt, daß das frumme Zentrumsblatt die organisierten Steinarbeiter in gewissenloser Weise verleumdet hatte. Leicht wird es dem „Chamer Tageblatt“ nicht geworden sein, eine solche Richtigstellung auf Grund der Amtsgerichtsverhandlung bringen zu müssen.

Die „unpolitischen“ Gelben. Auf dem Stummischen Hütenwerk in Neunkirchen wurde ein „nationaler Hüttendarein“ gegründet. Von jedem sich anmeldenden Mitgliede wird die ehrenwörtliche Erklärung verlangt, daß es „nicht Mitglied irgend einer Gewerkschaft oder eines Vereins mit gewerkschaftlichen Tendenzen“ ist. Einzig in seiner Art aber sind die Satzungen dieses Vereines, die u. a. bestimmen: „Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitgliedsversammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefassten Beschlusse strikt zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlung tritt Artikel 4 § 9 der Statuten in Kraft.“

Die Strafbestimmung betrifft den Ausschluß aus dem Verein. — Der gelbe Werkverein konstituiert sich also einfach als Wahlverein und beschließt die politische Entreechtung der Arbeiter. Diese Gelben haben ihre Aufgabe richtig erfaßt.

Der Streit der Kohlenarbeiter in Straßburg i. G. dauert fort. Die Firma Kapp-Moeder hat mit ihren Arbeitern Frieden gemacht. Montag früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Lohn beträgt jetzt 4 Mk. pro Tag, gegen 3,40 Mk. letzter. Ueberstunden werden mit 50 Pf., Nachtarbeit mit 70 Pf. und Sonntagsarbeit mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt. Bei der Firma Harpener Bergbaugesellschaft sind die Differenzen nach eintägigem Streit ebenfalls beigelegt und die sämtlichen Arbeiter wieder eingestellt worden. Die Firma hatte nämlich den Arbeitern Streikarbeit zu verrichten angeboten und nachdem die Arbeiter dies verweigert hatten, sie entlassen. Nunmehr wird Streikarbeit von den Arbeitern nicht mehr verlangt. Wir hoffen, daß dieser Vorgang von den anderen, nicht betroffenen Firmen im Hafengebiet beachtet wird. Dagegen hat der Aufstand auf der städtischen Hafnarbeiter übergriffen. Die bei der Stadt beschäftigten unständigen Arbeiter verweigern das Waschen von Kohlen, soweit dies als Streikgut angesehen ist. Da angeblich keine andere Arbeit vorhanden war, wurden diese Arbeiter sofort entlassen.

Die bestreikten Firmen sind nun auf der Suche nach Streikbrechern. Zu diesem Zwecke sucht ein Arbeiter Vossing, beschäftigt beim Gaswerk, die Herbergen ab und verspricht den Arbeitshelfenden 6 Mk. pro Tag und freie Kost. Die Kohlenhändler scheinen viel übriges Geld zu haben, denn solche Angebote konnte man früher nicht. Die Polizei ist teilweise immer noch sehr besorgt um das Wohl der Streikbrecher. In der bürgerlichen Presse wird versucht, zum Teil unter wahrheitswidrigen Darstellungen, die Forderungen der Arbeiter als „unbegründet“ hinstellen und das baldige resultatlose Ende des Streiks zu prognostizieren. Der Wunsch ist natürlich hier der Vater des Gedankens. Der Stand der Bewegung ist ohne Frage sehr günstig. Die Einigkeit der Arbeiter hat die Unternehmer überfallen, so etwas ist im Straßburger Hafen noch nicht dagewesen.

Soziale Rundschau.

Wohnungsfrage und öffentliche Meinung. Nach dem Vorgehen des Deutschen Reichstages wie auch des preussischen Abgeordnetenhauses in der letzten Zeit, die beide und weit energischer noch als bisher ein baldiges umfassendes gesetzgeberisches Eingreifen in die Wohnungsfrage verlangt haben, wird man annehmen dürfen, daß diese wichtige Aufgabe nunmehr demnächst von den Regierungen ernstlich in Angriff genommen werden wird. Aber es erscheint dringend notwendig, daß die öffentliche Meinung sich weit mehr als bisher um diesen so wichtigen Gegenstand kümmert und das beabsichtigte Vorgehen unterstützt. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform, Frankfurt a. M., Hochstraße 23, hat deshalb beschlossen, in eine größere Aktion in dieser Richtung einzutreten. Zunächst ist unter Beziehung der besten Sachverständigen im Lande eine Kommission zur sachlichen Bearbeitung des Gegenstandes eingesetzt worden; deren Vorschläge werden sodann vorläufiglich einer Konferenz der maßgebendsten Wohnungsreform-Organisationen vorgelegt werden und daran dürfen sich allerhand Maßnahmen zur praktischen Durchsetzung der Vorschläge anschließen. Auf alle Fälle dürfen wir einen ziemlich lebhaften Bewegung auf diesem bisher stark vernachlässigten Gebiete unserer Sozialpolitik in den nächsten Jahren entgegensehen. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform ist übrigens auch gerne bereit, soweit möglich, andern Stellen, die gleichgerichtete Bestrebungen verfolgen, behilflich zu sein und bietet sich ebenfalls mit ihm in Verbindung zu setzen.

Luftschiffahrt und Flugsport.

Mannheim, 24. Juni. Das Luftschiff Schütte-Lanz unternahm gestern morgen eine etwa anderthalbstündige Gäftefahrt,

an der u. a. Herr Direktor Zabel von der Firma Heinrich Lang teilnahm. Die Fahrt nahm einen sehr glatten Verlauf und war besonders interessant durch die in der Fahrhöhe von 300 Meter herrschenden heftigen Böen. Der Aufstieg erfolgte 5 Uhr 12 Minuten, die Landung kurz vor 7 Uhr.

Mannheim, 24. Juni. Am Freitag und gestern machte der Aviatiker Senge aus Karlsruhe mit dem Dübberschen Apparat mehrere Rundflüge. An den getriebenen Flügen, von denen einer vier Stunden dauerte, nahmen Passagiere teil.

Flieger-Abstürze. Wien, 24. Juni. Bei prächtigem Wetter und unter zahlreicher Beteiligung wurde gestern die erste Wiener Flugwoche eröffnet. Leider ereigneten sich dabei mehrere Unfälle. Der Franzose Chermann stürzte in einer Kurve aus 100 Meter Höhe ab und erlitt schwere Arm- und Beinbrüche. Der Belgier de Non, der fast schon den Boden erreicht hatte, wurde von einem Windstoß erfaßt, so daß sich sein Apparat senkrecht in die Erde bohrte. Der Pilot erlitt eine Hüftgelenk-Verletzung. Ein dritter Unfall verlief ohne ernste Folgen. Der österreichische Ingenieur Sanger fiel während des Aufstieges aus 20 Meter Höhe ab und kam unter dem Apparat zu liegen. Alle drei Apparate sind total zerrümmert.

Gerichtszeitung.

1. Eine Messerkrederei mit tragischem Ausgang spielte sich in der Nacht vom 17. auf 18. Februar vor der Wirtschaft zum „Belikan“ in Freiburg ab. Es wurde dort ein Appenabend abgehalten, zu dem der 44jährige Monteur Heinrich Fromm aus Frontental erschien, in angetrunkenem Zustand die Gasse befechtigte, schließlich ein Messer aus der Birtische holte und damit einem älteren Italiener namens Rametti einen tödlichen Stich in den Unterleib beibrachte. Ein 18jähriger Angestellter eines Kinematographen, der abendend dazwischen treten wollte, erhielt einen Stich in die Brust, doch kam er mit dem Leben davon. Der gestorbene Italiener, ein friedfertiger Mensch, starb nach drei Tagen. Die Strafkammer beurteilte heute den Messerhelden zu 2 Jahren Gefängnis.

Erwerb des bad. Staatsbürgerrecht!

Aus der Partei.

Singen (Amt Durlach), 24. Juni. Am Samstag, 23. Juni, abends 7 Uhr, fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der die Genossin W a u m a n n über das Thema: „Muß die Frau sich politisch betätigen?“ referierte. Die Genossin verstand es, dieser gut besuchten Versammlung (obwohl leider mancher Genosse seine Frau zu Hause gelassen hat) in trefflicher und leicht verständlicher Weise darzulegen, warum es für die Frauen notwendig ist, sich am politischen Leben zu beteiligen, wofür der Genossin reicher Beifall zuteil wurde. In der Diskussion beteiligte sich Genosse Trinks im Sinne des Referats und forderte die Anwesenden auf, soweit sie uns noch fern stehen, in unsere Reihen einzutreten und mitzukämpfen für unsere gerechte Sache, für das Wohl des Volkes.

Wörsbach, 24. Juni. Am Sonntag, 30. Juni, findet hier ein Parteifest statt, bei welchem Gen. Trinks die Festrede halten wird. Die Parteileitung am Ort hat sich bemüht, alles zu tun, um den uns — wie wir hoffen — von auswärts befindenden Genossen einen angenehmen Aufenthalt zu sichern. Wir möchten aber auch die uns mit ihrem Besuch beehrenenden Genossen und Anhänger unserer Sache bitten, nicht diejenigen Wirte zu bezeichnen, die von uns und unserer Presse nichts wissen wollen. Unsere Verkehrslokale sind: „Adler“, „Schwanen“ und „Kühler Grund“.

7. Reichstagswahlkreis. Die Vertrauensleute und Kaiserer der Mitgliedschaften werden erucht, Abrechnungen und Gelder bis längstens am 5. Juli an den Kreis Kasseler einzusenden. Ebenso sind die Fragebogen pünktlich ausgefüllt mit einzusenden.

Unsere Kreisversammlung findet am Sonntag, 21. Juli, in Offenburg statt. Zeit und Lokal werden später bekannt gegeben. Der Kreisvorsitzend.

Aus Göttingen. Gen. Kinkel hat gegen den Beschluß des Gemeinderats, ihn wegen Verfehlungen als Krankenkontrollleur ohne Kündigung zu entlassen, Beschwerde bei der Kreisregierung eingelegt.

Zum Redakteur der „Freien Volkszeitung“ wählte die Generalversammlung des 10. Wahlkreises den Genossen R o h r e r einstimmig, der seit dem Rücktritt Thalheimers vertretungsweise die Redaktion führte.

Landesparteiitag für Sachsen-Altenburg. Am 22. und 23. Juni wurde in Schmalken der Landesparteiitag der sozialdemokratischen Partei Sachsen-Altenburg abgehalten. Beschlossen wurde die Errichtung eines Parteisekretariats für Sachsen-Altenburg. Zur Aufbringung der Mittel für das Sekretariat soll der Monatsbeitrag für männliche Mitglieder von 90 auf 40 und für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. erhöht werden.

Eine längere Aussprache rief der unbefriedigende Verlauf der diesjährigen Maifeier hervor. Folgende Resolution wurde angenommen: „Der Landesparteiitag ist der Ansicht, daß die Maifeier als eine demonstrative Massenaktion des Proletariats zu betrachten und aufrecht zu erhalten ist. Bei Veranstaltung der Maifeier haben sich die Parteinstanzen mit den Gewerkschaftsinstanzen alsbald in Verbindung zu setzen und dahin zu wirken, daß in Zukunft der Charakter der Maifeier nach jeder Richtung hin in würdiger Form gewahrt wird.“

So unbefriedigend wie der Verlauf der Maifeier wurde auch der Verlauf des Frauentages dargestellt. Eine Resolution erklärt es als Pflicht aller Parteivereine, unter den Frauen mehr als bisher gehoben zu werden und dafür Sorge zu tragen, daß die alljährlich stattfindenden Frauentage zu wichtigen Demonstrationen gestaltet werden.

Zum Vorsitzenden der Landesorganisation wurde wiederum Genosse Sch u m a c h e r -Altenburg gewählt. Als Delegierte zum Deutschen Parteitag wurden die Genossen Sch u m a c h e r -Altenburg und B ö h m e -Eisenberg bestimmt.

Am Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Von J. Well. Preis für das gebundene Exemplar 1 Mk.

Die jetzt zu einem Buche zusammengefaßten Heftlein sind vor einiger Zeit in einem Teil der Parteipresse abgedruckt worden. An den Verfasser wurde von verschiedenen Seiten das Ersuchen gestellt, das Ganze als Buch herauszugeben, dem er hiermit nachkommt. Er glaube jedoch, daß eine kurze Einleitung mit Erinnerungen aus seinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren dem vorangelegt werden müsse, da es für die junge Generation der Arbeiter nicht ganz ohne Nutzen und Interesse sein dürfte, zu erfahren, wie sich der Werdegang des Arbeiters und Handwerkers der alten Schule im allgemeinen gestaltet. Er hofft, daß auch die vorliegende Ausgabe noch recht viele Leser finden werde.

Aus dem Lande.

Durlach.

Lichtbildervorträge. Die Partei- und Gewerkschafts- genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Eintritts- karten zu den Schlich Data 806-Vorträgen beim Lammwitz zu haben sind. Versäume niemand, diesen wichtigen Vorträgen einen Besuch abzustatten.

Ettlingen.

S. Vom Wohnungswesen. Es ist sicher noch in aller Er- terung, daß wir uns im „Volkstrend“ vor zwei Jahren mit der Kleinwohnungsfrage beschäftigten. Infolge des Bahn- baus zum neuen Karlsruher Bahnhof beschäftigte die Firma Grün u. Wilsinger Hunderte von Arbeitern. Es liegt klar auf der Hand, daß sich irgendwo ein „Loch“, flugs war es eine menschliche Behausung. Und da kommt noch etwas in Betracht. Die Wohnungsmiete ist infolge der starken Nachfrage gestiegen. Das ist Tatsache. Hierfür können wir Beweise anführen. Also es herrscht tatsächlich eine Kleinwohnungsnot. Weil uns das Wohnungswesen bekannt war und verschiedentlich an das Menschlichkeits- und Humanitätsgefühl in der Zeitung der wertigsten Bevölkerung an den Stadtrat appellierten, aber voll- ständig „vergesen“ wurden, flüchteten wir uns an die Öffentlichkeit. Wir haben dort an Hand eines einwandfreien Materials drei Kleinwohnungen herausgegriffen. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Bevölkerung, als man der heu- tigen „zivilisierten Welt“ zu Hund zu wissen tat, wie ein großer Teil der Ettlinger Arbeiterschaft wohnte. — Eine Kritik, die seitens der sozialdemokratischen Stadtratsordnenen geübt wurde, veranlaßt unsern „fürsorglichen Ge- meinderat“ ganze 50 Mk. für Wohnungsstatistik in den Botenbogen einzufügen. Und nun kommt das Interessante. Auf Anordnung des Bezirksamts, so erwidert der Stadtbaumeister unserm Gen. Kappeler, der anfragt in der letzten Sitzung des Bürgerausschusses, welche Resultate die Wohnungskontrolle gezeitigt habe, sei eine Wohnungskontrolle eingerichtet. Wir haumen! Würde der Gemeinderat erst vom Bezirksamt inter- pretiert werden, damit er seine Pflichten erfülle? Und bis jetzt ist der Öffentlichkeit noch nicht bekannt, was die Kom- mission geleistet hat. Und schließlich haben doch die Ein- wohner ein Recht hier Aufschluß zu erhalten als Liniagezahler. Wir sind im Besitze von Material über Kleinwohnungen, wo von Rechts wegen keine Menschen hausen sollten; findet die Kom- mission keine Gelegenheit, das Material, das sie „gesehen“ hat, zu publizieren, so ist immer noch Zeit, wenn wir mit dem unrigen auspacken. Für Beratung des Millionenprojekts einer Kaserne fand man Zeit und Gelegenheit, für die vitalste im Interesse der Volksgesundheit liegende Sache hat man keine Zeit. Ist das richtig gehandelt gegenüber der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung? Nein. So arbeitet eine Kaste von Hausbesitzern und Interessenten auf dem Rathaus auf Grund eines Massenwahlrechts. Sie sind der Ausfluß des be- stehenden Wirtschaftssystems. Das neue Gemeindevahlrecht hat eine Erweiterung erfahren. Wohlan denn! Wägen wir den Vorteil des Gesetzes aus und wählen eine Vertretung aufs Rathaus, die die Armut der Enterteten kennt, das ist die Partei der Armen und Unterdrückten — die Sozialdemokratie.

Der „Babische Landmann“ schreibt: „Es geht das Ge- wächs, daß definitiv entschieden sei, daß das Bekleidungsamt hierher verlegt werde. Nach unseren Informationen liegt hierüber noch keine Entscheidung vor und sind anderslautende Mitteilungen nicht den Tatsachen entsprechend. Vielleicht hat ein Mitglied einen schlechten Witz gemacht, damit diese Frage nicht ganz der Schweiß der Bürger entrückt wird, denn all- gemein nimmt man an, daß das Bekleidungsamt eben nur etwas Lachspeise war, um die Kasernenbaufrage schmackhafter zu machen.“

Wacht den Neunmalgezeiten endlich ein Seifenfieber auf? Haben wir nicht schon vor dem Verfertigen des Millionen- summes für die Kaserne in öffentlicher Versammlung und in der Presse auf diesen Lachvogel, wie er jetzt erkannt wird, mit allem Nachdruck hingewiesen? Leider war es vergebens, denn in jener denkwürdigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokratie beschloffen, 2 1/2 Millionen Mark zu borgen, um damit dem Militärkasernen- einbaue zu erstellen und der Herr Bürgermeister erklärte in gleicher Sitzung: „Die Verlegung des Bekleidungsamtes nach Ettlingen ist so gut wie sicher.“ Und jetzt ist immer noch nichts anderes sicher, als daß die Stadt Ettlingen sich in schwere Schulden gefürzt hat, welche ihre Kreditfähigkeit ein- geschränkt und den Zinsfuß für später sicher notwendig werdende weitere Anleihen gesteigert, den Gemeindefiskus also geschädigt hat. Dabei haben die weissen Stadtväter als Zugabe die alte Kaserne als Reparaturkosten für 158 000 Mk. „geschenkt“ er- halten und weitgehende Verpflichtungen gegenüber den Wün- schen des Militärkasernen übernommen. Daß zu alledem auch noch ein mächtiger Exzerzierplatz, welchem sogar ein größerer Waldbestand zum Opfer fallen muß, gratis zugegeben wird, ist bei der von anerkannt großer Intelligenz und Fürsorge für die Interessen der Allgemeinheit geleiteten Stadtverwaltung ebenfalls selbstverständlich. Die Ettlinger werden an diesem Anochen noch lange zu nagen haben, wir fürchten, daß die be- zeitigte Stadtverwaltung, sich später recht gerne den Dankes- bezeugungen für ihr fürstliches Walten entziehen wird. Ob man in 5 oder 10 Jahren auch noch über die Sozialdemokraten, welche a lle in die Sache nicht mitmachten, lachen wird, wie uns ganz besonders Gescheite raten, ist eine andere Frage. Für diesmal war die Hauptsache, daß man das geplante Verlegung der Unteroffizierskaserne, wodurch man das Versehen einiger Wohnungen, und damit ein Fallen des Mietpreises befürchtete, verhindert hat, um den Preis von 2 1/2 Millionen Schulden und vieler finanzieller Verpflichtungen, zum Segen der — „Allgemeinheit“. Die Herrschaften von der Militärverwaltung sind aber wenigstens dankbar; die Unteroffizierskaserne bezieht bereits ihren Fleischbedarf von — auswärts.

Rastatt.

Kinderfest. Das letzten Sonntag stattgefundene Kinder- fest nahm bei herrlichem Wetter einen schönen Verlauf. Die Stadt hatte reichen Flaggenschmuck angelegt. Früh morgens 7 Uhr fand das Beden durch die Kapelle des Regiments Nr. 30 statt. Um 9 Uhr eilten die Kinder in den Kronengarten, um die Frühlingsstube, welche oben mit einer Bretzel versehen waren, in Empfang zu nehmen. Die Kinder weniger bemittel- ter Eltern erhielten die Stube umsonst, was sehr anerkennens- wert ist. Gegen Mittag strömte eine große Menschenmenge aus nah und fern herbei, um den wirklich imposanten Festzug zu sehen. Präzis 2 Uhr erfolgte der Abmarsch des Zuges durch die Straßen der Stadt. Nachdem der Zug auf dem Festplatz (Grün) angekommen war, entwickelte sich ein frohes Leben und Treiben, das jedoch durch ein um halb 7 Uhr hereinbrechendes Gewitter jäh unterbrochen wurde. Als nach einfündiger Dauer der Regen aufhörte, füllte sich der Festplatz bald wieder. Alles strömte wieder herbei, um dem am Murgorgeband veranstalteten Feuerwerk zuzusehen, welches den Schluß des gefrigen Festes bildete. Vom Preisgericht, welches sich aus auswärtigen Herren zusammensetzte, wurden Anerkennungen in folgender Reihe zu- erkannt: 1. Germanen-Zug 2. Osterfreude, 3. Chinesenwagen,

4. Weiße Woche, 5. Kinderfestplatz, 6. Neoplan mit Beobachter, 7. Hofablenwagen, 8. Polarforscher, 9. Rosenwagen mit Pomme, 10. Herzliebchen unter dem Nebendach, 11. Schuhmacherei, 12. Wäscherinnen, 13. Willkommengruß, 14. Flugmaschine, 15. Jäger aus der Kurpfalz, 16. Frühlingszug (Unterstadt), 17. Die klein- sten Mejerisken, 18. Tiroler Jodelgruppe, 19. Hans im Glück, 20. Schneeballenauto, 21. Zwei kleine Soldaten, 22. Blumen- wagen, 23. Rosenwagen, 24. Rigenervoll, 25. Schildwache, 26. Köchinne, 27. Dorfkapelle, 28. Schäferde m. Schäfer, 29. Deutschlands Zukunft, 30. Fahrende Kunst, 31. Schwarz- wälder Uhrmacher, 32. Korb- und Schirmfluder, 33. Geflügel- händler, 34. Röhghändler, 35. Sportwagen (Engel), 36. Zu- kunft der deutschen Flotte, 37. Der Festrreiter, 38. Rottkäppchen mit Wolf, 39. Bädernädchen, 40. Schmiede im Walde, 41. Kaffe- visite in der Gartenlaube, 42. Lustige Studenten, 43. Rosen- wagen, 44. Badische Farben zu Rad, 45. Tag und Nacht, 46. Kienholzhandler, 47. Kausfallenhandler, 48. Blumenauto, 49. Margeritengruppe, 50. Vürstenerfürsiner, 51. Blumen- wagen, 52. Rosenwagen, 53. Blumenportwagen, 54. Berliner Schaufeljunge, 55. Schifferin, 56. Kaminfeger, 57. Hühner- händler, 58. Der kleine Spengler, 59. Rosengruppe, 60. Mar- garetinwagen, 61. Touristen, 62. Margerite und Kornblume, 63. Tirolerlube, 64. Gemüse- und Blumenmädchen, 65. Fröh- liche Osiern, 66. Elsfässer Wendenbinder, 67. Modest, 68. Reissig- besenwagen, 69. Rekrutenwagen, 70. Holztag, 71. Grastag, 72. Rekrutenwagen, 73. Schutlerjunge, 74. Studentenbrunne.

— Tarifvorträge im Brauergewerbe. Mit den Brauereien von Rastatt und Gaggenau wurde ein Tarifvertrag verein- bart, der sich im wesentlichen dem Tarifvertrag der Karlsru- her Brauereien anschließt. Die Arbeitszeit beträgt im Som- mer 10, im Winter 9 1/2 Stunden. Die Bierfabrik, welche keine geregelte Mittagspause haben, erhalten Subjekt. Die Beizer werden zur Mittagspause eine Stunde abgelöst. Die Bierfabrik erhalten ein Gehalt von 50 Pfg., wenn sie während der Mit- tagspause nicht nach Hause kommen. Bei Ausfahrten in die Stadt und 6 Kilometer in die Umgebung werden Ueberstunden bezahlt, wenn die Bierfabrik bis Feierabend nicht nach Hause kommen können. Für die weiteren Landfahrten werden die Beizer entsprechend geregelt.

Die Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit Ueberstunden vergütet, die regelmäßige siebente Schicht mit einem Sechstel des Wochenlohnes bezahlt. Für den Sonntagsgeschieft wird eine Vergütung von 4 Mk. gewährt. Die Bierfabrik er- halten jeden dritten Sonntag ganz frei. Für Ausfahrten, welche den ganzen Tag dauern, werden 4 Mk. und für einen halben Tag 2,50 Mk. vergütet. Der Baustrunk wird abgelöst und jede Woche in bar ausbezahlt. Die Löhne betragen nun für Brauer, Mälzer, Küfer und Maschinenisten 31,40—34,40 Mk., für Heizer 29,40—32,40 Mk., für Handwerker und Motorfahrer 28,00—31,50 Mk., für Bierfahrer 27,00—30,50 Mk. und für Hilfsarbeiter 26,50—29,50 Mk. Arbeiter, die bereits über drei Jahre beschäftigt sind, erhalten zu ihrem jetzigen Lohn eine Zulage von 2 Mk. pro Woche. Die Ueberstundenfätze erhöhen sich um 10 Pfg. Urlaub ohne Lohnzug wird gewährt 2—4 Tage. Desgleichen bis zu einem Tag bei Geburten, schwerer Erin- nerungen und Sterbefällen innerhalb der Familie eines Ar- beiters und bei Mutterschaft. Der Vertrag ist rückwirkend vom 1. Juni ab und werden daher die erhöhten Löhne von dieser Zeit an nachbezahlt.

Mit der Brauerei J. Bleker in Baden-Baden sind Unterhandlungen eingeleitet.

Baden-Baden.

— Unfall. Gestern abend zwischen 7 und 8 Uhr fiel ein junger hiesiger Geschäftsmann, der im Begriff war, von der elektrischen Straßenbahn auszufolgen, vom Trittbrett ab, wo- bei er sich durch den Sturz auf den Hinterkopf eine nicht unbedeutliche Gehirnerschütterung zuzog.

Offenburg.

— Stöhrte Zeit ist es für jeden, der bei der Landtagswahl wählen will und nicht geborener Badener ist, das badische Staatsbürgerrecht zu erwerben. Auskunft erteilt P. Haberer, Gerberstraße 3.

b. Dos, 24. Juni. Der Arbeiter-Gesangverein „Konordia“ veranstaltet am Sonntag, 30. Juni, sein diesjähriges Garten- fest im Garten des Gasthauses zum „Alder“. Injere Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu freundlichst eingeladen. Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstal- tung im Saale statt.

Forstheim, 24. Juni. In angetrunkenem Zustand fiel der 39jährige Steinbauer Gg. Frey aus Gräfenhausen beim Sam- mern in das Wasser und ertrank.

s. Emmendingen, 23. Juni. Das fatale Abenteuer einer Ewaslocher bildet hier das Tagesgespräch und ist der Gegen- stand entsprechender Glossen. Die Schöne promenierte in den oberhalb der Stadt gelegenen Waldungen, in einer plötzlichen extremen Anwendung nach dem Krugstand der Menschheit zog sie sich splitternack aus. Als die Wald nach mehreren Stun- den zu der Nacht, woran sie ihre Gewänder gehängt hatte, zu- rückkehrte, bemerkte sie zu ihrem schmerzhaften Entsetzen, daß dieselben verschwunden, spurlos verschwunden waren. Doch nahe zum Glück ein Ketter in der Not. Ein Sergeant, der ebenfalls in dem Wald spazierte, war galant genug, nach Emmendingen herabzusteigen und dort nach den Kleidern, die ein Italiener als Fundgegenstand mitgenommen hatte, erfolgreich zu fahnden. Bis zu seiner Rückkehr sah das Mägdlein zitternd und zagend in einem Roggenader geduckt, den Einfall verwindend, der sie bestimmte, ihre Röde mit dem paradisischen Gewand der Un- schuld zu vertauschen. . . .

Schwesingen, 24. Juni. Im Wiefental erstach die Ehefrau des Wärdmeisters Stödel nach vorausgegangenem ehelichem Streit ihren Mann mit einem großen Transchirmesser. Die Frau, die schon lange Zeit mit ihrem Mann in Unfrieden lebte, wurde verhaftet.

Mannheim, 24. Juni. Eine hervorragende Schwimm- leistung vollführte gestern der Damerstimmer Volkart von der Schwimmgesellschaft „Vellax“. Um 10 Uhr ging Volkart bei der Schiffbrücke in Germersheim in den Rhein und landete um 3 Uhr 50 Min. beim hiesigen Militärschwimmbad an der Rhein- brücke.

Mannheim, 24. Juni. Aus Eifersucht hat gestern abend 9 1/2 Uhr der 36 Jahre alte Fabrikarbeiter Joh. Schneider von Waldbach seine 38 Jahre alte Ehefrau, Mutter von fünf Kindern, in seiner Wohnung, Spiegelstraße Nr. 144 daselbst durch einen Dolchstoß in den Hals getötet. Der Täter wurde in der glei- chen Nacht noch verhaftet. — Der 22 Jahre alte Schlosser Wil- helm Brettnick aus Frankfurt a. M., wohnhaft Fadriffstraße- straße 30, wurde letzte Nacht im Luisenpark mit einer schweren Schußverletzung im Kopf und einer Stichverletzung in der Brust aufgefunden und mit dem Sanitätswagen ins Allgemeine Kran- kenhaus gebracht. Er will nach seinen Angaben von Unbekanntem im Luisenpark überfallen worden sein. Die Täter konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Seidelberg, 23. Juni. In der letzten Nacht ereignete sich in einem Hause der Fischerstraße ein schwerer Unglück- fall, der ein Menschenleben forderte. Die Kleider eines Dienstmädchens, das sich in ihre Kammer begeben hatte, fingen dort Feuer an einem offenen Lichte. Bis Hilfe zur Stelle war, hatte das Mädchen derartige Brandwunden am ganzen Körper erlitten, daß es nach einigen Stunden im Krankenhaus, wohin man es verbracht hatte, starb.

Kirchheim, 24. Juni. Unter dem Verdacht der Brandstif- tung wurde hier ein Butter- und Eierhändler verhaftet, bei dem es am Samstag zweimal brennen wollte.

Sambrüden, 24. Juni. Das Gerücht von dem Tode des Herrn Lehrer Fetting hat sich nicht bestätigt. Immerhin steht es noch schlimm um den in so hinterlistiger Weise leberfalle- nen, denn das Bewußtsein scheint nur langsam eintreten zu wollen. Doch glauben die Ärzte, daß der junge, sonst kräftige Mensch die Kräfte überstehen und Bewußtsein und Sprache wieder finden wird.

Wintersdorf, 24. Juni. Bei dem schweren Gewitter, das gestern über unser Ort zog, schlug der Blitz in ein Wohnhaus und zündete. Haus samt Scheuer brannten vollständig nieder.

Gauenberstein, 23. Juni. Beim Gewerkschaften it irzt e gestern ein 71 Jahre alter Landwirt von hier vom Fußboerd und blieb bewußtlos liegen. Der Sohn des Verunglückten lud seinen Vater auf den Wagen und verbrachte den Verunglückten nach Hause. Dort angekommen, mußte der Sohn zu seinem Schreden wahrnehmen, daß sein Vater tot war. Der berbei- gezogene Arzt stellte Hirnschlag als Todesursache fest.

Silzingen, 23. Juni. Eine seltene Operation wurde letzte Woche hier gemacht. Es hatte nämlich ein Mit- glied der Storchenfamilie auf hiesigem Schloßbache ein Ge- schwür unter dem Flügel und konnte nicht mehr fliegen. Varn- herzige Leute nahmen den unglücklichen Langbein in ihren Käsefall auf und brachten ihn später ins Schloß, wo er durch Tierarzt Dr. Dutta o p e r i e r t wurde, so daß er sich jetzt wieder sehr wohl fühlt und wohl bald sein Nest auf dem Schloß- dach aufsuchen wird.

Wiesloch, 23. Juni. Als die Frau des Landwirts Gils- chler vorgestern abend mit dem Pferderechen vom Felde nach Hause zurückkehrte, ging das Pferd auf bis jetzt unangeklärte Weise durch und Frau Gilschler fiel vom Sitz herab. Das Pferd hielt die bewußtlose Frau fest. Im größten Galopp raste das Pferd dem Stalle zu, die Unglückliche auf dem abschüssigen und steinigen Weg mit schleifend. Die Frau erlitt darauf schwere Verletzungen, daß sie farb.

Waldbach, 23. Juni. Ein über Waldbach und Elztal nieder- gegangenes Hagelwetter hat großen Schaden an den Kulturen angerichtet. Auf den Straßen und Feldern lagen die Hagel- körner noch stundenlang nach dem Umwetter mehrere Zenti- meter hoch. Auch im Breisgau und der Saar gingen stich- weise verheerende Hagelschläge nieder.

Schönschwand, 24. Juni. In dem Anwesen des Arthur Schanz dach heute Nacht um 1 Uhr Feuer aus, durch welches nicht nur Haus und Scheuer des Schanz, sondern auch das Haus des Brieftägers Rogg zerstört wurde. Das Feuer griff auch auf das Doppelhaus Vogelbacher-Kaiser und auf das Haus des Dachdeckers Schmid über und sicherte auch diese zum größten Teil ab. Von den Fahrnissen konnte nur wenig ge- rettet werden. Der Schaden ist sehr erheblich.

Rom Segau, 24. Juni. In unserer Gegend sind bei Erd- arbeiten und Bauten viele Italiener beschäftigt. Sie inter- essieren sich sehr für die Vorgänge des italienisch-türkischen Krieges und sind nach dem Eintreffen der Siegesnachrichten über die Erfolge der italienischen Waffen stets sehr begeistert. Nicht alle werden aber von dieser Begeisterung ergriffen, wie dies aus der Neuerung eines dieser italienischen Arbeiter zu ent- nehmen ist. Als ihm kürzlich von dem Treffen bei Janzur erzählt wurde, nahm er die Mitteilung von dem italienischen Siege sehr kühl auf. Die Kunde, daß die Italiener einige, die Türken aber viele Tote hätten, veranlaßte ihn zu der viel- gelobten Neuerung: „Tanti morti per niente.“ — so viele Tote um nichts! Ob dieses Urteil des Mannes nicht der Wirk- lichkeit sehr nahe kommt?

Ubrach, 23. Juni. Die infolge der zahlreichen Schmug- glerverhaftungen der letzten Zeit von den badischen Gerichtsbehörden mit allem Nachdruck geführte Unterforschung lieferte ein überraschendes Ergebnis. Man kam einer großen internationalen Schmugglergesellschaft auf die Spur, die ihren Sitz in Berlin hat und zahlreiche Agenten und Agentinnen in Süddeutschland und Oesterreich besitzt. Außerdem verfügt sie über Geschäftsstellen in Breslau, Ham- burg und Leipzig. Umfangreiche Verhaftungen stehen bevor. — In einem hier wegen Diebstahls feigenommenen Manne wurde ein von den schweizerischen Behörden verfolgter Raubmörder verhaftet.

Zur Frage des Spezialärztlichen Honorars, ob ärztliche Spezialisten, Operateure und Autoritäten in ihren Honorar- forderungen an gewisse Grenzen gebunden sind, äußert sich im „Ministerialblatt für Medizinangelegenheiten die berufsmä- ßige Persönlichkeit, Ministerialdirektor Foerster. Nachdrücklich tritt er der Auffassung entgegen, daß die Spezialärzte an die amtliche Gebührenordnung gebunden seien, weil sie regelmäßig Sono- rare beanspruchen, die über die Schöpfung der gesetzlichen Tage hinausgehen, daß die Patienten sich von vornherein da- rüber klar sein müßten, für eine Operation 800 bis 1000 Mk. zu zahlen. Ministerialdirektor Foerster stellt fest, daß dort, wo amtliche Gebührenordnungen für Ärzte bestehen, auch die größten ärztlichen Autoritäten grundsätzlich über deren Höchst- sätze nicht hinausgehen dürfen. Glaube ein Spezialarzt, zu diesem Betrage die Leistung nicht verrichten zu können, so siehe es ihm frei, entweder mit dem Patienten einen höheren Be- trag zu vereinbaren oder diesen überhaupt abzuweisen, da ein, ärztlicher Behandlungszwang nicht besteht.

Neues vom Tage.

Solidarität der Journalisten.

Frankfurt a. M., 24. Juni. Infolge einer ungünstigen Kritik, die sozialdemokratische Volksstimme an der Auffüh- rung des Lustspielstückes „Das Motorpferd“ im Zirkus Schumann brachte, wurden dem Blatt die Pässe-Bartous ent- zogen. Die übrigen Tagesblätter haben daraufhin dem In- stitut ebenfalls ihre Eintrittskarten zurückgeschickt.

Sacharin-Schmuggler.

München, 24. Juni. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, einer 20köpfigen Sacharin-Schmugglerbande auf die Spur zu kommen. Es ist eine Gesellschaft, die ihren Sitz in München und Zürich sowie Filialen in Berlin, Prag und Wien und dort Agenten und Agentinnen hat. Die Gesellschaft arbeitete mit einer Geheimschiff-Schiff, deren Schlüssel bei einem Wän- dener Baunternehmer gefunden wurde, in dem kein Mensch einen Schmuggler vermutete.

Bootsunglück.

Berlin, 24. Juni. In der Nacht zum Sonntag stieß auf dem Wannsee ein mit Schülern, deren Eltern und Lehrern dichtbesetzter Sternedampfer mit einem Potsdamer Motorboot zusammen, das sofort gespalten wurde. Die Insassen, 25 bis 30 Mitglieder der Berlin-Wilmersdorfer Esperantogruppe fürzten ins Wasser. Auf dem Dampfer entfiel infolge der Silberse der Verunglückten eine panikartige Erregung. Die Mannschaft des Dampfers und Fahrgäste stellten sofort Rettungsversuche an, die auch von Erfolg begleitet waren. Nur ein Herr und eine Dame wurden noch Verwundung des Rettungs- netzes vermisst. Die Schuld an dem Unglück dürfte den Kapitän des Motorbootes treffen. Der Kapitän des Stern- dampfers hatte zweimal Notsignal gegeben. Trotzdem wackelte das Motorboot plötzlich seinen Kurs, so daß der Zusammenstoß

4. Seite 5. ...

Seite 5. ...

unvermeidlich wurde. Der Führer des Motorbootes konnte von seinem Standpunkt den See nicht übersehen, da das Boot vorn und hinten mit brennenden Lampen geschmückt war.

Kassawerbalgerei von dem Schöffengericht.

Berlin, 25. Juni. Im Anschluß an eine Privatklage, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, entstand eine Kauferei unter Frauen infolge Hausflatschereien. Der Balgerei konnte nur durch das Eingreifen mehrerer Gerichtsdiener ein Ende gemacht werden.

Verhafteter Kaplan.

Diebstahls, 25. Juni. In dem Orte Esch wurde — wie erst jetzt allgemein bekannt wird — am verflohenen Freitag der Kaplan Braun, der seit längerer Zeit in der dortigen Gemeinde als Seelsorger tätig ist, verhaftet. Braun wird beschuldigt, sich an ihm anvertrauten Schülerinnen in zahlreichen Fällen vergangen zu haben.

Arbeiterriß.

Schwerte, 25. Juni. Beim Eisenbahnbau an der Strecke Geisdorf wurde ein Arbeiter vom Zuge erfaßt und getötet. Er ist das zweite Opfer innerhalb dreier Tage, das diese Strecke forderte.

Vom Wunderdoktor zum Millionär.

Der aus ganz kleinen Verhältnissen stammende Wunderdoktor Heinrich Ausmeier in Kuelsteden (Prov. Sachsen) legt seine „Praxis“ nieder, nachdem er sich nahezu eine Million verdient hat. Er beabsichtigt, nach Kassel zu übersiedeln, wo er ein Haus im Wert von 250 000 M. sein eigen nennt.

Die gestohlene Kaiserfette.

Köln, 24. Juni. Die Fährte der Diebe der gestohlenen Kaiserfette führt nach Lüttich. Dort ist bereits ein Kriminalkommissar mit einigen Schülern abgereist. Es handelt sich um drei berüchtigte Einbrecher. Diese hatten sofort nach dem Diebstahl die gestohlene Fette einem Kölner Juwelier angeboten und sind dann ins Ausland geflüchtet.

Köln, 25. Juni. Zum Diebstahl der Kaiserfette wird noch gemeldet, daß die Versicherungs-Gesellschaft Thuringia die Belohnung für die Wiedererlangung der Kaiserfette auf 2000 M. erhöht hat, jedoch jetzt einschließlich der von der Stadt ausgegebenen Summe insgesamt 3000 M. zur Verfügung stehen. Man glaubt den Tätern auf der Spur zu sein. Nähere Aufklärung werden die nächsten Tage bringen.

Köln, 25. Juni. Es gelang der Kölner Kriminalpolizei jenen, die Hauptperson der an dem Diebstahl der Kaiserfette beteiligten Spitzbuben in Köln festzunehmen. Es ist der berüchtigte Einbrecher Franz Meyer, der auch dringend verdächtig ist, den feinerzeit gemeldeten Einbruch in das Postamt auf der Kadenerstraße ausgeführt zu haben, wobei den Spitzbuben für annähernd 65 000 M. Postwertzeichen und Bargeld in die Hände fiel.

Bier-Stredenarbeiter getötet.

Breslau, 24. Juni. Nach einer Meldung von der schlesisch-galizischen Grenze ereignete sich auf der Bahnstrecke Przeworsk-Rasoslaw ein schwerer Unglücksfall. Vier Arbeiter, die auf der Bahnstrecke beschäftigt waren, waren in die Lektüre ihrer Zeitung vertieft und merkten das Herannahen eines Güterzuges nicht. Die Lokomotive sauste in die lesende Gruppe hinein und tötete alle vier.

Bauunfall.

Leesen (in Ostpreußen), 24. Juni. Heute vormittag ereignete sich hier an einem im Umbau befindlichen Hause ein Bauunfall, indem eine Wand mit dem Fußboden in sich zusammenfiel. 5 Personen, eine Pensionärin, deren Tochter und 3 Präparanden, stürzten in die darunter liegende Etage. Die Tochter erlitt schwere innere Verletzungen, ein Präparand trug einen Beckenbruch und Querschußen, die übrigen 3 Personen trugen leichte Verletzungen davon.

Große Gewitterschäden.

Jülich, 25. Juni. Ungewöhnlich heftige Gewitter, die gestern niedergingen, haben in den Kantonen Appenzel, Aargau und Thurgau schweren Schaden angerichtet. Im Aargau Zug sind die Kirchenernte und Obstkulturen fast völlig vernichtet.

Abgestürzt.

Junsbrunn, 24. Juni. Bei einer Hochtour auf den Gähicht im Hunsrück stürzte ein Berliner Lithograph namens Paul Billy von einem Gletscher mehrere hundert Meter hoch ab. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Apachen-Schlacht.

Paris, 24. Juni. Eine neue Apachen-Schlacht hat gestern morgen 4 Uhr in der Gegend vom Parc Lachaise stattgefunden. Dort war ein Haufen unbekannter Individuen in Streit geraten. Bevor die Polizei hinzukam, artete der Lärm in einen Revolverkampf aus. Dabei wurden zwei Frauenpersonen erschossen. Beim Nahen der Polizei ergriffen die Apachen die Flucht und nahmen die Verwundeten mit sich. Die Leichen der beiden Frauenpersonen konnten noch nicht rekonstruiert werden.

Diebe.

Madrid, 24. Juni. Seit einigen Tagen herrscht in Spanien eine außerordentliche Hitze, die schon mehrere Opfer gefordert hat. In Sevilla erreichte gestern das Thermometer 53 Grad. Die umliegenden Wälder sind in Brand geraten, wodurch großer Schaden angerichtet worden ist. In Bilbao sind 20 Personen an Hitzschlag gestorben. In Barcelona fürchtet man den Ausbruch der Cholera. Die Behörden haben Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Schweres Unglück.

Tripolis, 24. Juni. Gestern ist eine Granate, die italienische Soldaten ins Meer warfen, explodiert. Ein Offizier und sechs Mann wurden dabei getötet, vier Matrosen verletzt.

Feuersbrunst.

Njaccan, 25. Juni. Umweit der Stadt sind 500 Häuser des Dorfes Polans niedergebrannt. Das Dorf ist schon einmal vor 2 Jahren durch eine Feuersbrunst fast vollständig zerstört worden.

200 Personen in den Niagara gefürzt.

Neuport, 24. Juni. Beim Eagle-Parc, etwa fünf Meilen oberhalb der Niagarafälle, hat sich gestern ein schweres Unglück ausgebreitet. Auf dem großen Pier warteten etwa tausend Ausflügler aus der Umgegend auf einen Vergnügungsdampfer. Dabei brach der Pier zusammen und etwa 200 Personen stürzten in den Fluß. Die meisten der ins Wasser Gefallenen, darunter viele Frauen und Kinder, wurden gerettet. Acht Leichen wurden geborgen. Seit jetzt, daß zahlreiche Verunglückte von der Strömung fortgerissen wurden und in den Niagara-Fällen den Tod gefunden haben.

Aus der Stadt.

*** Karlsruhe, 26. Juni.**

Der Vortrag über Geschlechtskrankheiten.

welchen das Gewerkschaftskartell am gestrigen Abend für die Männer veranstaltete, war äußerst zahlreich besucht; der Colosseumsaal war voll besetzt. Heute abend findet ein gleicher Vortrag für die Frauen statt. Die dezent Art, wie der Referent das heikle Thema behandelt, dürfte auch die Frauen befriedigen.

Städtische Brodensammlung. Zu unserer Notiz, die Brodensammlung betr., schreibt man uns aus Gänbterkreisen zu den in verschiedenen Zeitungen der Stadt Karlsruhe gebrachten großen Lobreden über die Städtische Brodensammlung muß berichtigend bemerkt werden, daß dieses Lob unangebracht ist; denn die Städtische Brodensammlung verkauft die gesammelten Broden an reiche und arme Leute wieder. Sogar hat die Brodensammlung schon Betten für 60 M. verkauft. Wir Händler müssen doch der Stadt Karlsruhe große Unlage bezahlen; bei jedem Trödler kann man die Gegenstände ebenso billig kaufen wie in der Brodensammlung. Unter solchen Umständen wäre es gerade so gut, wenn die Herrschaften abgängige Gegenstände an arme Händler verkaufen würden.

Kein Tag ohne Autounfälle. Gestern abend 1/8 Uhr wurde in der Stlingerstraße das dort vor einem Hause haltende Fuhrwerk eines Kaufmannes in der Schuppenstraße von einem von Müppurr herkommenden Auto angefahren und gegen einen Baum geschleudert. Das vor den Wagen gespannte Pferd wurde dadurch schein und ging durch, konnte aber gleich wieder aufgehoben werden. Der Wagen und das Pferdegeschirr wurden beschädigt, dagegen sind Menschen nicht zu Schaden gekommen.

Schwerer Unfall. Beim Einfahren von Sandsteinen zu einem Stallneubau des hiesigen Telegraphenbataillons kam ein lediger Fuhrmann aus Ettlingen zu Fall und brachte das rechte Bein unter den schwer beladenen, mit 4 Pferden gespannten Wagen, der ihm den Unterschenkel vollständig abdrückte. Dem Verunglückten wurde durch Sanitätsunteroffiziere des Telegraphenbataillons ein Notverband angelegt und er dann in das städt. Krankenhaus überführt, wo das Bein alsbald amputiert wurde.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Stadtgartenkonzert. Heute Mittwoch abends 8 Uhr, findet im Stadtgarten bei gutem Wetter wieder ein sogenanntes „billiges Konzert“ statt, dessen Ausföhrung der Leibgardenkapelle übertragen ist. Eintrittspreis: 10 Pf. (Musikgeld) für Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten, 20 Pf. für sonstige Personen. Inhaber von Kartenbesitzen zahlen, wenn sie eine Karte ihres Bestes entwerfen lassen, gleichwohl 10 Pf. Musikgeld, andernfalls 20 Pf. (10 Pf. Stadtgarten- und 10 Pf. Musik-Eintrittsgeld). Kinder und Soldaten zahlen die vollen Preise.

Stadtgartentheater. Der Vorverkauf für die Saison 1912 befindet sich wie alljährlich bei Geschw. Moos, Kaiserstraße Nr. 66, Telefon 1924. Die Dugendkarten, die bis zum Beginn der Saison verkauft werden, sind zu folgenden Preisen zu haben: Fremdenloge das Dugend 35 M., Loge 30 M., 1. Sperrstüb 25 M., 2. Sperrstüb 20 M., Seitenperrstüb 20 M., 1. Rang 14 M. Der Verkauf der Dugendkarten hat bereits begonnen und werden Bestellungen auch telephonisch entgegengenommen. Die Dugendkarten berechtigen zum Besuch sämtlicher Vorstellungen mit Ausnahme der Gastspiele und Benefize. Weiteres ist aus den Plakaten an den Säulen ersichtlich.

e. Sommerfest der Freien Turnerschaft. Auf ein in allen Teilen gelungenes Sommerfest kann die „Freie Turnerschaft“ zurückblicken. Schon der Festzug hatte wider Erwarten eine große Zahl Teilnehmer aufzuweisen, es mochten gegen 650 Personen gewesen sein. Vom Lokal „Gambirushalle“ setzte sich der städtische Zug in Bewegung, voran die Arbeiterradfahrer und deren Musikkapelle und folgend ein Teil der Zukunft der Freien Turnerschaft, die Schüler und Schülerinnen derselben, über 120 an der Zahl, dann die Nachbarvereine, sowie die Turngenossinnen und -Genossen der Freien Turnerschaft. Unter Musikklängen und dem Spiel der Spielmännchen des Karlsruhe- und des Durlacher Vereins wurde die Eröffnung, Karlsruhe-Friedrich, Ettlingen, Schöben, Wilhelm, Berder und Müppurrer Straße passiert, um sodann zum Turnplatz bei den Kautendbrücken zu gelangen, wo schon Hunderte von Personen die Zugteilnehmer erwarteten. Nach kurzer Pause begannen die Freiübungen der hiesigen Turner, die sehr beachteten, denn sie schafften vorzüglich, wie auch die Stellungen prägnant waren. Darauf folgte der Niederreigen der Schüler und Schülerinnen. Welch freudstrahlende Gesichter waren hier bei diesen kleine zu bemerken! Es ging auch alles sehr gut von staten und gebührt den Kindern sowie den Turngenossen, welche die Einmischung des Reigens übernommen haben, alle Ehre. Das turnerische Treiben hatte nun in allen Teilen eingeleitet. Man sah Faustballwettspiele, Tamburinspiele, Reifenswerfen usw. An den Geräten wurde fleißig geübt, dem volkstümlichen Turnen ebenfalls zugesprochen. Hürdenrennen, Wett-springen, auch Sachkuppen und andere Spiele und Belustigungen wurden veranstaltet. Kurzum, man fühlte sich geradezu auf einem kleinen Turnfest. Bis in die Nacht hinein sah man die Turnerinnen und Turner trotz der enormen Hitze an den Geräten oder den Turnspielen hulbigen, ein Beweis von der Ausdauer der Teilnehmer. Es wurde da wieder die alte Tatsache bestätigt, daß es den Arbeitern mit dem Turnen wirklich ernst ist. Außerhalb des Turnbetriebes widelte sich das reinste Volksfest ab. Zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse war aufs beste Sorge getragen und wurden sehr niedere Preise verlangt. Alle Achtung vor den Arrangenten. Um sich vor der glühenden Sonnenhitze zu schützen, wurde ein großes Zelt aufgeschlagen, wo man auch die Wagenfrage in aller Gemütsruhe lösen konnte. Für Unterhaltung sorgte neben der Musik der Sängerbund „Vorwärts“, der in anerkennenswerter Weise schöne Lieder zum besten gab und sich auch den Dank der Zuhörer damit erwarb. So verrannen die Stunden für viele nur zu rasch und die Nacht rückte heran zur größten Freude anderer Teilnehmer. War doch ein Feuerwerk vorgezehen, das noch Jung und Alt bezauberte. Es war ein schöner Anblick, als die Abbrennung vor sich ging. Nun rückte die Stunde des Aufbruchs heran und ein farbenprächtiger Lampenzug, voran die Musik, sowie Trommler und Pfeifer von dem Turnplatz durch die Südstadt nach dem Vereinslokal bildete den Abschluß der Feier. Wenn wir das Ganze noch einmal Revue passieren lassen, so können wir zu dem Ergebnis, daß das Sommerfest ein würdiges Arbeiterfest war, auf das die Freie Turnerschaft mit Stolz zurückblicken darf. Der Besuch seitens der Gewerkschafts- und Parteigenossen war ein sehr großer und es wäre nur zu wünschen, daß dieses Verhältnis so fortzudauern möge. Ist doch die Freie Turnerschaft die einzige turnerische Organisation in Karlsruhe, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht und deshalb noch viel mehr die Unterstüßung der denkenden Arbeiterschaft finden sollte. Darum, Arbeiterkretzen, schickt eure Töchter und Söhne in die Turnstunden der Freien Turnerschaft und kommt, wenn möglich, selbst in dieselben. Wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind heute noch in der arbeitereindlichen Deutschen Turnerschaft oder senden ihre Kinder in die Turnstunden derselben, also zu einer Organisation, die sich den Turnpatriotismus zum Sport ausdehnt und die Befämpfung der Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben hat. Daß unter Sozialdemokratie auch die freien Gewerkschaften von dieser Seite verstanden werden, ist ja sehr bekannt. Deshalb richtet sich der Kampf auch gegen die Bestrebungen der freien Gewerkschaften. Darum, freie Gewerkschaftler, soweit ihr Mitglieder der Deutschen Turnerschaft seid, heraus aus derselben, denn ihr schadet euch selbst. Ginein in die Freie Turnerschaft, das sei die Lösung eines jeden Turnsport treibenden Arbeiters und jeder Arbeiterin.

Letzte Nachrichten.

In Sachen gegen Borchardt und Leinert.

Berlin, 26. Juni. Auf 8. Juli ist von der Kgl. Staatsanwaltschaft Termin gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses Borchardt und Leinert anberaumt und der nationalliberale Abg. Schiffer als Zeuge geladen.

Die Österreichische Wehrvorlage angenommen.

Wien, 25. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die ersten 40 Paragraphen der Wehrvorlagen an, darunter in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 113 Stimmen, also mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit, die Bestimmung, durch die für die nächsten 10 Jahre das erhöhte Rekrutenkontingent festgesetzt wird. Das Haus nahm weiter in namentlicher Abstimmung mit 305 gegen 135 Stimmen die Bestimmung an, durch die die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie, die dreijährige für die berittlenen Truppen und die vierjährige für die Marine festgesetzt wird. Die Bestimmung, daß ein Teil der Mannschaften bei der Infanterie zur Ergänzung des Unteroffizierstandes ein drittes Jahr zu dienen habe, wurde gleichfalls angenommen.

Der französische Hafnarbeiterstreik.

Marseille, 25. Juni. Die Hafnarbeiter haben beschlossen, die Ausführung ihres Beschlusses, Handelsschiffe, die mit staatlichen Mannschaften besetzt sind, weder auszuladen, noch zu beladen, um 24 Stunden hinauszuschieben, um ihrer Organisation die Möglichkeit zu geben, in gemeinsamen Verhandlungen mit den eingediehenen Seeleuten den Generalstreik vorzubereiten, falls die Verhandlungen über eine schiedsgerichtliche Abgelung des Streites ergebnislos sein würden.

Streik der Bäckermeister.

Toulouse, 25. Juni. Die Bäcker haben beschlossen, den Betrieb einzustellen und morgen die Läden zu schließen.

Norwegische Rüstungen.

Christiania, 26. Juni. Die vereinigte Militär- und Budgetkommission des Stortinghs erriktete gestern Bericht über die Venderungen im Verteidigungswesen. Die Mehrheit sprach sich für die Bewilligung von 20 Millionen Kronen zur Anlage von Befestigungen und den Bau zweier Panzerschiffe aus. Die Minorität war für die Bewilligung von 16 1/2 Millionen Kronen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen beide Vorschläge.

Eisenbahnerbewegung in Spanien.

Madrid, 25. Juni. Gestern wurde hier ein stark besuchter Kongreß der Eisenbahnbediensteten eröffnet. Es wurde beschlossen, in den Generalstreik zu treten, falls eine Gesellschaft einen Angestellten wegen seiner Beteiligung am Kongreß entlassen sollte.

Militär-Revolte.

Saloniki, 25. Juni. Die in Monastir ausgebrochene Militär-Revolte kam überraschend. Das ganze 2. Schützen-Bataillon mit allen Offizieren und Unteroffizieren zog unter Mitnahme der Kasse aus der Stadt hinaus. Es beabsichtigte die allgemeine Revolution mitzumachen, falls Zalaat Bey und Djavid Bey nicht ihre Demission einreichen und Joub Bey nicht von der Leitung des jungtürkischen Komitees zurücktritt. Die Offiziere des meuternden Bataillons forderten auch die Vornahme neuer Wahlen. Die Disziplin der gesamten Garnison Monastir ist erschüttert. Ernstere Ereignisse sind zu befürchten. Der Kriegsminister beauftragte den Armeekorpschef, alles aufzubieten, um die Truppen beim Gehoriam zu erhalten.

Russisches.

Petersburg, 26. Juni. Der Senat hat sich dahin ausgesprochen, daß außerhalb der jüdischen Anstaltszonen nur solche Juden das Wahlrecht besitzen, die Wohnrecht im ganzen Reiche haben. Diejenigen, denen laut der in der letzten Zeit erlassenen gesetzlichen und administrativen Verfügungen ein solches Wohnrecht nur zeitweilig bis zur Revision der Judengesetze gewährt worden ist, sollen des Wahlrechtes verlustig sein.

Chinesisches.

Mukden, 26. Juni. In der Stadt ist die Ruhe noch nicht wieder hergestellt. In der nördlichen Vorstadt sind die Geschäfte geschlossen. Das meuternde dritte Regiment wurde entwaffnet. Die Befestigungen werden fortgesetzt und die Meuterer hingerichtet. Die Konsulate der fremden Regierungen werden durch Truppen bewacht. 1500 Mann Verstärkungen sind angekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 100. Man nennt das „verarbeiten“ oder auch „betonen“. 2 2 W. Das beste wäre wohl zu klagen, im allgemeinen unternimmt man aber gegen solche Leute nichts. Wenn Sie Anzeige erhalten, werden die Leute, die sich jener Ausdrücke bedienen, zweifellos bestraft.

Wasserstand des Rheins.

26. Juni.
Schufterins I 8.32 m, gest. 12 cm, Sch I 8.32 m, gest. 32 cm
Magau 5.40 m, gest. 80 cm, Mannheim 4.43 m, gest. 2 cm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

H. A., Ettlingen. Kommen Sie in unsere Sprechstunde, bringen Sie aber den Ehevertrag mit.
Nr. 100, Durlach. Auf die Vortreibung der direkten persönlichen Staats- und Gemeindesteuern findet das Lohnbeschlagnahmegesetz keine Anwendung, der Lohn kann also für die Gemeindefumlage gepfändet werden. Diese Bestimmung ist in dem Gesetz betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes vom 21. Juni 1869 enthalten.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Heute Mittwoch abend Singstunde.
Von 8 Uhr ab Kartenausgabe zur Volksvorstellung im Hoftheater.
Plantenloch. (Soz. Verein.) Donnerstag, den 27. Juni, abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zur „Taube“ Monatsversammlung. Es ist notwendig, daß jedes Mitglied erscheint. 8833

Seite 6
Unter
Sache vo
geöffnet
Som
gef
Som
Ba
Miel
Barcau
Wir
In un
12 Wohn
Kornblu
Wihelm
Gerbinn
Gern
Gewer
Selbstbr
27. I. M
28. I. M
Das
hiesige
vom 1.
Bestell
stellen li
alle 11
auf Verla
Rufkoh
Stückko
Auf W
der Fuhr
Der Kle
Berken v
1/4-1/5
hierbei wir
Wege
Herr
in nur aus
so lang
p. Moter
" " "
Lagerb
A
M
Ein
Kronen-S
Kronen-S
Rasierme
Illustriert
Artikel v

Stadtgarten (Billiger Tag).
 Heute, den 26. Juni, abends 8 Uhr:
Großes Konzert
 ausgeführt von der vollständigen
Kapelle des 1. Bad. Leib-Gren.-Regts. Nr. 109
 Direktion: Königl. Musikmeister Bernhagen.
 Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten
 und von Kartenheften 10 Pfg.
 Sonstige Personen 20 Pfg.
 Programm 10 Pfg.
 Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
 Die Konzertabonnementskarten haben Giltigkeit.

Neues
Sauerkraut
 per Pfund 15 Pfg. in
Bucherer's
 sämtlichen Filialen. 8837

Tüchtige Wirtsleute
 zum 1. Oktober ds. Js. gesucht.
 Bewerbungen sind bis längstens 29. Juni
 einzureichen an das **Gewerkschafts-Kartell**
Karlsruhe, Wilhelmstraße 47. 8841

Gewerkschafts-Kartell
Karlsruhe.
 Donnerstag, den 27. Juni,
 abends halb 9 Uhr, in der
 Gewerkschaftszentrale, Kai-
 serstraße 13
Vertreterversammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Innere
 Angelegenheiten. 2. Antrag der
 Sekretariatskommission betr.
 Anstellung eines 2. Beamten im
 Arbeiter-Sekretariat. 3. Die
 Lohn- und Arbeitsverhältnisse
 der städt. Arbeiter in Karlsruhe.
 Die Vertreter der Gewerks-
 schaften wie auch die Mitglieder
 der Sekretariatskommission sind
 zu dieser Versammlung mit der
 Bitte um pünktliches Erscheinen
 eingeladen. 8842
 Die Kartellkommission.
 Kaiserstr. 93 III. ist ein
 möbl. Mansardenzimmer
 sofort oder auf 1. Juli zu ver-
 mieten.

Heute beginnt Ziehung
 der Frankfurter Luftschiff-
 Lose à M. 3.—, bei mehr noch
 Rabatt, soweit Vorrat.
Haupttreffer M. 50000.—
 10000.—, 5000.— usw. mit
 90% Bargeld bei 8834
Carl Götz,
 Gießstraße 11/15, b. Rathaus.
 Inh. Ludwig Götz,
 Großh. bad. Lotterieträger
 der Preuß.-Südd. Klassenlotterie.
Trockenes
Brennholz
 bei Abnahme von
 5 Ztr. per Ztr. zu M. 1.60
 10 „ „ „ „ „ 1.50
 empfehlen zur Lieferung frei
 Keller 8133
Billig & Zoller A.G.
 Telephon Nr. 89.

Ein neuer Waggon
Neue Italiener
Kartoffeln
 ist für mich eingetroffen und empfehle
 3 Pfd. **30** Pfg.
 per Ztr. **9.—** Mk.
Lebensmittel-Konsumhaus
Gottl. Schöpf
 Telefon 2826.
 Luisenstrasse 34, | Schützenstrasse 91,
 Schützenstrasse 13, | Grenzstrasse 2,
 Umlandstrasse 21. 8836
 Ab 1. Juli neu eröffnet:
21 Rudolfstraße 21.

Nur solange der Vorrat reicht:
Ein Doppelwaggon
Inlaid-
Linoleum-Reste
Meter
3.30
 und **4.95** Mark.
 Das Linoleum ist 200 cm breit und ca. 3,6 Millimeter
 dick und von ganz besonders guter Qualität (mit
 kleinen Schönheitsfehlern). 8823
Geschwister
KNOPF.

Metropol-
Theater.
PROGRAMM
 vom 26. bis inkl. 28. Juni
Südpolexpedition. II. Teil
 Hochinteress. u. lehrreich.
Vaters Mittagessen. Hu-
 moristisch. 8840
 In Erinnerung
 an die Vergangenheit.
 Ein äusserst spannendes
 Drama in 2 Akten.
 Hüll dich in Tand. Pracht-
 volles Tonbild.
 Nulpe hat seinen Haus-
 schlüssel vergessen.
 Eine vorzügl. Lachpille.
Bilder aus Mähren. Herrl.
 Ansichten.
Theater im Mädchenpen-
sionat. Auss. komisch.
Die Löwen sind los.
 Grosses Tierdrama.
Pollidor Laufbursche bei
 der Modistin. Sehr hu-
 morvoll.

Willh. Eckert,
 Uhrmacher, Marienstr. 20,
 neb. dem Apollo-Theater
 empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
 Billige Reparatur-Werk-
 stätte, **Trauringe**, 8 u.
 14 far. gestempelt, das Paar
 u. M. 12—27. Strifen u. Zwicker

Komplettes
Schlafzimmer
 für 135.— Mark
 bestehend aus:
 2 Betten
 2 Nachtschänken
 1 Schrank
 1 Waschtisch
 2 Stühle
 1 Handtuchhalter
 alles neu, gut gearbeitet, unter
 Garantie hat zu dem billigen
 Preis abzugeben 8588

Selbständiger
Schreiner
 gesucht von 8804
Fr. Weber, Luisenstr. 24.
20-30 tüchtige
Maurer
 finden an den Bahnhofsneubauten
 (beim Feuerbeizwerk) dauernde
 Beschäftigung. 8824

Zucker-Abschlag
 Neue Preise!
 Würfelzucker u 28 1/2
 Hutzucker „ 27 „
 Kristallzucker „ 26 1/2
 bei 100 Pfd. 26 1/2
 „ 200 „ 25 1/2
 Traubenzucker u 24 1/2
Anseg- 8831
branntweine
 Ltr. 80 und 95 1/2
Nordhäuser
 Ltr. M. 1.15.
Enger & Filialen

Brennholz
 vorzügliches Hartholz
 gespalten, per Zentner
 90 Pfg. ab Fabrikhof
 fortwährend zu haben.
Südd. Furnierfabrik
Werderstr. 7/9.
Gelegenheitskauf.
 Neue braune Samtjacke mit
 selbstem Treffen eingefaßt zu
 verkaufen.
 Herrenstraße 33, Stf. 3. St.
Rehgeiß 1/2 Jahr alt, hornlos,
 abgeholt werden, welche bei der
 Gedwigsquelle gesund worden ist.
 Mühlsburg.

Heinrich Karrer
 Lagerhaus und Möbelhandl.
 Philippstraße 19.
2 neue Bettstellen
 englische Façon, nußbaum,
 matt und blank poliert, zwei
 Patent- od. gepolsterte Köpfe,
 zwei dreiteilige Matratzen,
 2 Polster werden für 140 M.
 abgegeben. Waldstr. 22, Lad.

Gangeschäft Josef Held,
 Gießstraße 29. Telef. 560.
Feuer-
versicherung,
 alte, gut eingeführte, hat für
 Karlsruhe eine Agentur zu
 vergeben. Hohe Provision.
 Bei guten Erfolgen fürum.
 Auch Bewerbungen aus den Vor-
 orten sind erwünscht. Angebote
 unter J. 2191 an Hagenstein
 & Voalser A.-G. Karlsruhe.

Qichensteinstr. 2, 4. St. II. ist
 möbl. Zimmer zu vermieten.
 Ebendasselbst ist eine Feldflasche
 abgeholt werden, welche bei der
 Gedwigsquelle gesund worden ist.

Garantiert
29. Juni!
 Ziehung der badischen
Wohltätigkeits-
Geldlotterie
 2928 nur Bargewinne
44000 M.
 Hauptgewinn
20000 M.
 127 Gewinne
13000 M.
 2800 Gewinne
11000 M.
 Lose à 1 M.) 11 Lose 10 M.
 Porto u. Liste 30 1/2
 empfiehlt Lott.-Untern.

Im Lagerhaus
Philippstraße Nr. 19
 (Stadtteil Mühlsburg)
 sind nachstehend guterhaltene
Möbel
 zu verkaufen:
 1 Schlafzimmer-einrichtung mit
 Spiegelschrank u. Waschkommode
 mit Wackor, 2 Kommode, zwei
 Schreibtische, 1 Divan, 1 Küchenschran-
 k, 1 Herd, 1 Kommode
 mit Glasaufsatz, 1 Piano, ein
 Tafellabier, ein Grammophon
 mit 24 Doppelpfatten, 2 Kautschu-
 1 Widelkommode, 1 Waschkommode,
 diverse Bilder, 1 Nähmaschine,
 1 Wüddett, 1 Säule, 3 Oelgemälde,
 diverse komplette Dienstboten-
 betten, 1 antike Truhe, 1 antike
 Standuhr, 1 Sport-Wagen,
 diverse Küchenschätze, 3 ameril.
 Koffer und sonstiges verschiedenes.
 Die Gegenstände sind gut er-
 halten und werden ganz billig
 abgegeben. 8826

Sehr billig zu verkaufen:
 Ausgezeichnete nähende Näh-
 maschine mit Fußbetrieb, Singer
 Fabrikat, 20 M., 2 Küchen-
 stühle zusammen 1,50 M.,
 großes eleg. Zimmer-Büfett
 40 M., eigener Küchenschran-
 k mit Aufgelauffas, 1 Küchen-
 schaft 2,50 M., Damenblusen,
 Kinder-Heberzieher wie neu.
 Vittoriastr. 17. hart.

Bernhardtstr. 8 V., rechts ist
 ein idyllisches Mansarden-
 zimmer per sofort oder 1. Juli
 billig zu vermieten.

Die Vertreter der Gewerks-
 schaften wie auch die Mitglieder
 der Sekretariatskommission sind
 zu dieser Versammlung mit der
 Bitte um pünktliches Erscheinen
 eingeladen. 8842
 Die Kartellkommission.
 Kaiserstr. 93 III. ist ein
 möbl. Mansardenzimmer
 sofort oder auf 1. Juli zu ver-
 mieten.

Ein neuer Waggon
Neue Italiener
Kartoffeln
 ist für mich eingetroffen und empfehle
 3 Pfd. **30** Pfg.
 per Ztr. **9.—** Mk.
Lebensmittel-Konsumhaus
Gottl. Schöpf
 Telefon 2826.
 Luisenstrasse 34, | Schützenstrasse 91,
 Schützenstrasse 13, | Grenzstrasse 2,
 Umlandstrasse 21. 8836
 Ab 1. Juli neu eröffnet:
21 Rudolfstraße 21.

Kartoffeln
 beste gelbfleischige Italiener
 3 Pfund **27** Pfennig
 Zentner **8.50** Mark
 in
Bucherer's
 sämtlichen Filialen. 8827

J. Stürmer
 Strassburg i. E.
 Langstrasse 107.
 In Karlsruhe: Carl Götz,
 Hebelstrasse 11/15,
 Gebr. Gühringer,
 Kaiserstr. 60, E. Flöge,
 J. Daringer, 8666

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
 Geburten: Elisabetha, B. Adam Kempf, Kaufmann. —
 Erwin Eugen, B. Mich. Böll, Schlosser. — Otto, B. Maxim.
 Honold, Schlosser.
 Todesfälle: Philippine Seemann, Ehefrau des Landwirts
 Friedr. Seeman, alt 53 J. — Katharina Köhler, Witwe
 des Tagelöhners Frid. Köhler, alt 58 J. — Alfred, alt 7
 Mon. 10 Tg., B. Josef Becker, Schleifer. — Monika Philipp,
 Ehefrau des Radiers Christian Philipp, alt 63 J. — Johanna
 Fried, Maurer, Wimer, alt 51 J. — Hilba, alt 4 Mon. 6 Tg.,
 B. Hugo Stoll, Schlosser.

Die
 and Fla
 unisono
 fahr!
 schaften,
 stengel
 ganz au
 auf los,
 Sonberb
 dem sie
 ein Wor
 der Refe
 nossen
 rungsgel
 das abja
 Wir
 verjagen
 Profitin
 Bescheide
 Referent
 Den
 ten ist er
 der „Bil
 Die sieb
 an Tant
 1180 000
 kapital.
 interessie
 näre erh
 Vereing
 der Vor
 ionstige
 Die
 heuerlich
 betrug
 d. h. 23,
 Wilhelm
 = 29,9
 In d
 der „Fr
 lichen B
 ligen ver
 Volksger
 an die i
 gend we
 Volksber
 beitem
 iprechend
 einnahm
 den Vol
 ren 225
 winnant
 Verfäh
 zielte —
 Boligen
 Verfäh
 ist das
 1908, 1
 Million
 betrug d
 nicht etw
 — hohe
 stungen
 Wie
 diesen u
 zogenen
 rung ist
 glänzend
 sie nicht,
 Und
 Volksber
 harakter
 der Sol
 jedoch a
 durchaus
 jeder so
 dann rei
 entwidel
 Wir
 jerge“ n